

Dezember 2016



STARK FÜR FRAUEN



Frauenpolitik 2016-2021

Frauen- und gleichstellungspolitische Sprecherinnen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD und FDP im Landtag stellen sich vor

Politische Antrittsbesuche des LFR Vorstands

PARTIZIPIEREN.

Geflüchtete Frauen in Baden-Württemberg

Dokumentation der LFR-Fachveranstaltung vom 28. Okt 2016
Dimensionen-Konzepte-Projekte

Freihandelsabkommen

STOP CETA TTIP - Großdemonstration in Stuttgart 17. Sep 2016



landes**frauen**rat

Baden-Württemberg

Herausgeberin: Landesfrauenrat Baden-Württemberg www.landesfrauenrat-bw.de

INHALT

- 3 Zum Jahresende
Vorwort von Manuela Rukavina
- 4ff Beschlüsse der Delegiertenversammlung vom 28.10.2016
- 6ff Frauensicht – Gleichstellungspolitische SprecherInnen
der Landtagsfraktionen stellen sich vor
- 10ff Gespräche mit der neuen Landesregierung und den Fraktionen
- 12ff **PARTIZIPIEREN.Geflüchtete Frauen in Baden-Württemberg**
Dimensionen–Konzepte–Projekte
Fachveranstaltung am 28. Oktober in Stuttgart
Grußwort: Manfred Lucha MdL – Minister für Soziales und Integration
Kurzvorträge:
Familienalltag – Mutter–Kind–Projekt Gaggenau
Carmen Merkel – Frauenbeauftragte Gaggenau
Sport/Teilhabe an Vereinsstrukturen – Fahrradprojekt
Shahzad Mohammadi – Bike Bridge Freiburg
Frauenflüchtlingsdialog – Lernen auf dem Weg
Elke Heer – Frauenbeauftragte Schwäbisch Gmünd
Berufliche Teilhabe – Erwerb von Qualifikationen
Sükriye Döker – ZAUBERFADEN gUG
Präsenz in Medien/Öffentlichkeit/Kultur
Anna Koktsidou – Integrationsbeauftragte SWR
- 26 Friedenspreis „Sievershäuser Ermutigung“ für AMICA e.V.
- 27 Abschied Luisa Boos, Öffentlichkeitsbeauftragte des LFR
- 28ff STOP CETA TTIP – Großdemonstration in Stuttgart 17. Sep 2016
- 30ff Fachkräfte gesucht? – Teilzeitausbildung nutzen!
Ruth Weckenmann, Leiterin des Stabes Chancengleichstellung
am Arbeitsmarkt der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit

LFR-Veranstaltungen 2017

Fr, 10. Febr. 2017
**Kongress „Gemeinsam im Wert-All:
Gesellschaft in Vielfalt weiter entwi-
ckeln“ im Hospitalhof Stuttgart**

Fr, 07. April 2017
**Öffentliche Fachveranstaltung
zum Schwerpunktthema
„Feminismus und Demokratie in
Baden-Württemberg“**



Liebe Leserinnen und Leser,

nichts ist so beständig wie der Wandel. Das wusste schon der alte Heraklit und rückblickend passt das als Motto zum Jahr 2016.

Wir haben in 2016 einen neuen Landtag gewählt, viele Positionen und Funktionen sind mit anderen Menschen besetzt. Wir haben eine politische Großwetterlage, wie man sie sich vor einem Jahr an vielen Stellen wohl kaum hätte vorstellen können. Wir haben Frauen, die sich neuen Aufgaben widmen und wir erleben Veränderungen in der Arbeit des Landesfrauenrats. Und was bedeutet das nun konkret?

Das Vorstandsteam des Landesfrauenrats war seit Juli auf Kennenlern-Tour. Wir haben die ersten Gespräche mit der Landesregierung, Ministerien und Fraktionen im Landtag geführt. Die Fraktionen haben seit Sommer ihre frauenpolitischen SprecherInnen gewählt, die sich Ihnen mit dieser Ausgabe etwas näher vorstellen möchten. Mit diesen und den Fraktionsvorsitzenden sind bereits Termine vereinbart, so dass wir hier an unserem Kontakt und dem guten Austausch weiter arbeiten können.

Die oben angesprochene politische Großwetterlage betrifft viele Themen, die wir als LFR bearbeiten. Nächstes Jahr ist Bundestagswahl- das wird großen Einfluss auf die politische Debatte nehmen. Die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischem Denken wird und muss weiterhin ein Schwerpunktthema

Zum Jahresende

bleiben. Die Frage was uns zusammenhält und wie wir dem Hass entgegen treten können hat für uns auch immer etwas mit Partizipation zu tun. Deshalb finden Sie hier im Heft die Dokumentation zu unserem Fachtag: PARTIZIPIEREN: Geflüchtete Frauen in Baden-Württemberg. Wir haben uns intensiv mit diversen Dimensionen von Partizipation beschäftigt, von der niederschweligen Begleitung von Familien, über berufliche und soziale bis hin zur politischen Teilhabe von Frauen mit Fluchterfahrung. Hierbei war beeindruckend, wie viel Positives bereits schon in Gang gekommen ist- auch wenn klar ist, dass wir erst am Anfang eines langen Weges stehen. Apropos langer, bzw. anderer Weg. Kommen wir zur dritten großen Veränderung. Wie Sie wissen hat die SPD Baden-Württemberg Luisa Boos zur neuen Generalsekretärin gewählt. Das bedeutet leider für uns als Landesfrauenrat, dass wir sie ziehen lassen müssen. Wir freuen uns sehr für sie persönlich - für uns ist es dennoch ein herber Verlust. Es ist das Verdienst von Luisa Boos, dass unsere Öffentlichkeitsarbeit moderner, zielgerichteter und damit effektiver geworden ist. Wir wünschen ihr an dieser Stelle alles Gute und sagen einfach nur: DANKE.

Unsere Arbeit im Landesfrauenrat ändert sich dadurch natürlich auch- wir bekommen künftig Unterstützung von Lea Krug, die unsere social media bedienen und bei der Öffentlichkeitsarbeit zuarbeiten wird. Ebenfalls neu im Team begrüßen wir Dagmar Digruber-Weber, die uns an zwei Tagen in der Woche in der Geschäftsstelle unterstützen wird. Durch eine temporäre personelle Veränderung in der Geschäftsstelle ist die Ergänzung des Teams notwendig. Unsere Geschäftsstelle erreichen Sie bis auf weiteres nur vormittags.

Unsere Arbeit wird verändert weiter

gehen- wir haben jetzt jedoch auch schon wieder viele (neue) Themen, die wir nächstes Jahr mit Ihnen und für uns Frauen weiter voran bringen wollen. Wir werden nächstes Jahr bei unserem Kongress „Gemeinsam im Wert-All“ weiter an uns arbeiten, wir werden weiter für ein verändertes Landtagswahlrecht kämpfen, wir werden schauen, was Digitalisierung und Frauen bedeutet und wir werden eine neue Kampagne namens #Rotlichtaus zusammen mit sisters e.V. lancieren. Außerdem werden wir zum Thema Chancengleichheit kreativ und neu arbeiten- dazu dann nächstes Jahr mehr...

Nichts ist so beständig wie der Wandel und ja, nichts kommt so überraschend wie Weihnachten... Da sind wir nun am Jahresende eines sehr bewegten Jahres 2016. Ich wünsche Ihnen und Ihren Lieben nun ein geruhames Ausklingen des Jahres, ein schönes Weihnachtsfest und einen gesunden Start ins neue Jahr.

Ich freue mich auf das Jahr 2017, auf all die Dinge und Begegnungen, die da kommen werden und sage Ihnen an dieser Stelle auch einfach mal kollektiv danke. Danke, dass Sie dem Landesfrauenrat gewogen sind, dass Sie uns unterstützen, dass Sie mit uns streiten und sich für die Belange der Frauen im Ländle auf so vielfältige Weise einsetzen!

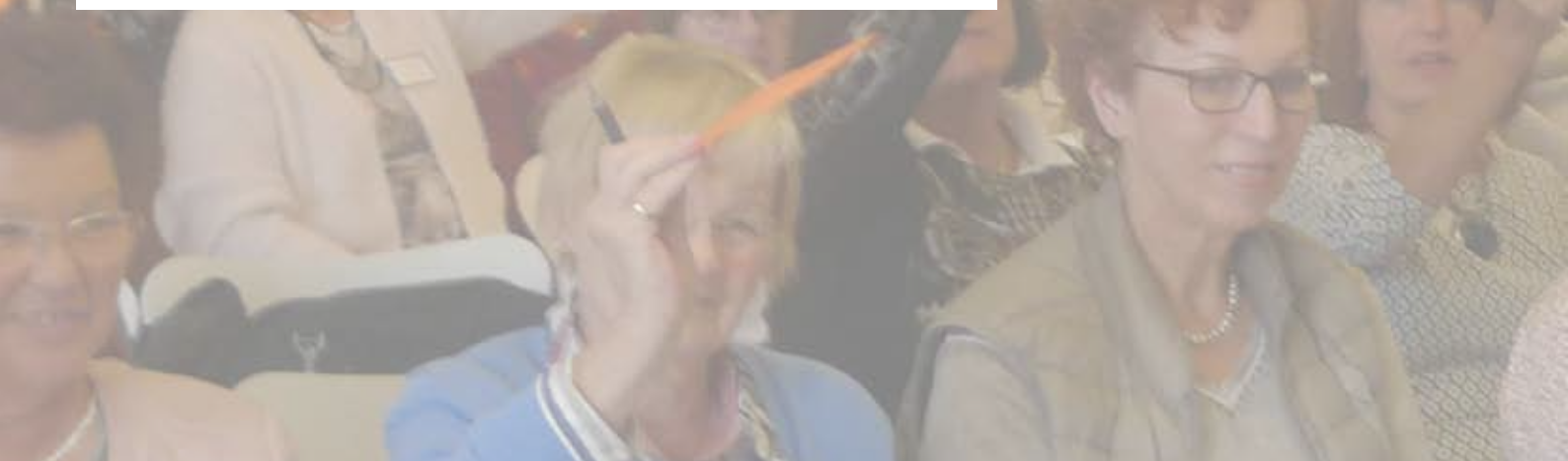
Schöne Weihnachtsferien und auf bald,

herzlich, Ihre Manuela Rukavina

Beschluss zum Mitgliedsantrag des Vereins „Politik mit Frauen e.V.“

Der LFR freut sich sehr auf die Zusammenarbeit mit dem Verband Politik mit Frauen e.V.

Das Frauennetzwerk Politik mit Frauen e.V. wird von der Präsidentin Gudrun Senta Wilhelm vorgestellt. Der Verein war bisher über die AG Kommunale Frauengruppen Mitglied im Landesfrauenrat und möchte jetzt als eigenständiges Mitglied in den Landesfrauenrat aufgenommen werden. Die Zielsetzung des Netzwerkes ist es, den Frauenanteil in den Parlamenten durch gezieltes Mentoring zu erhöhen. In offener Abstimmung wird der Aufnahmeantrag einstimmig angenommen. Die Delegiertenversammlung begrüßt den neuen Mitgliedsverband mit einem kleinen „Willkommensinfopaket“.





Beschlüsse der Anträge des LFR

Weiterentwicklung des Kommunalwahlgesetzes Baden-Württemberg Hier: Einführung einer Berichtspflicht („Paritätsbericht“)

Die Delegiertenversammlung des Landesfrauenrats bekräftigt ihre Forderung nach Weiterentwicklung des Kommunalwahlgesetzes zu einem Paritätsgesetz, nach dem die Kandidaturlisten verbindlich zu jeweils zur Hälfte und unter Anwendung des „Reißverschlussverfahrens“ mit Frauen und Männern zu besetzen sind. Die Landesregierung und der Landtag werden aufgefordert, unmittelbar – und damit rechtzeitig vor der Kommunalwahl 2019 – das baden-württembergische Kommunalwahlgesetz um eine Berichtspflicht zur Einhaltung der Soll-Regelung zu ergänzen.

Erhöhung des Mitgliedsbeitrags pro Delegiertenstimme ab 2017 und Einführung eines Tagungsbeitrags bei Fachtagen für Nicht-Delegierte

Ab dem Haushaltsjahr 2017 beträgt der Mitgliedsbeitrag pro Delegiertenstimme 100,00 Euro pro Jahr.

Ab dem Haushaltsjahr 2017 bezahlen Teilnehmende von Fachtagen, die keinen Delegiertenstatus (ordentlich oder stellvertretend) haben einen Tagungsbeitrag in Höhe von 10,- bar.

Weitere Beschlüsse

Frauen-Bündnis gegen Altersarmut

Der Landesfrauenrat initiiert entsprechend dem Frauen-Bündnis gegen Altersarmut auf Bundesebene ein solches Bündnis auf Landesebene und unterstützt damit die Forderung nach Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung.

Der Landesfrauenrat ruft andere Organisationen im Land auf, sich dem Landesbündnis anzuschließen.

Finanzierung von Frauenhäusern

Der Landesfrauenrat fordert die Landesregierung auf, verstärkt gegen häusliche Gewalt vorzugehen und vor allem endlich die dauerhafte und landesweit einheitliche Finanzierung von Frauenhäusern sicherzustellen.

Neuaufnahme „Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Baden-Württemberg“

Der Landesfrauenrat fordert die Landesregierung bzw. das Ministerium für Soziales und Integration auf, zeitnah eine Neuauflage des „Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Baden-Württemberg“ herauszugeben.

FRAUENSICHT - GLEICHSTELLUNGSPOLITISCHE SPRECHERINNEN

In diesem Rundbrief wollen wir Ihnen die frischgewählten Frauen- und gleichstellungspolitischen SprecherInnen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD und FDP im Landtag Baden-Württemberg vorstellen.

Dorothea Wehinger MdL, GRÜNE-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe engagierte Frauen in Baden-
Württemberg,

als neue frauenpolitische Sprecherin der Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg möchte ich mich Ihnen gerne zunächst kurz vorstellen: Mein Name ist Dorothea Wehinger und ich wurde am 13.03.2016 als erste grüne Abgeordnete des Wahlkreises 57 Singen in den Landtag gewählt. Zuvor war ich viele Jahre als Fortbilderin und Coach in der frühkindlichen Bildung tätig. Gemeinsam mit meinem Mann wohne ich in Steißlingen in der Nähe von Singen. Unsere drei erwachsenen Söhne sind schon längere Zeit außer Haus und arbeiten mittlerweile in ganz Deutschland verstreut. Neben meiner Arbeit als Landtagsabgeordnete bin ich noch im Kreis- und Gemeinderat aktiv.

Im Landtag bin ich Mitglied im Ausschuss für Soziales und Integration sowie im Ausschuss für Europa und Internationales. Besonders freue ich mich über meine neue Aufgabe als frauen- sowie kinder- und familienpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion. Die Stärkung der Frauen und damit einhergehend die Förderung von Kinder und Familien ist eine Herzensangelegenheit, die mich schon lange begleitet und die ich mit Begeisterung und Engagement angehen möchte.

Was bewegt mich in der Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Mein übergeordnetes Ziel sind gleiche Verwirklichungschancen für Frauen und Männern in allen Lebenssituationen. Es geht um das politische Ermöglichen dieser Chancengleichheit in allen Bereichen – sei es in der politischen Teilhabe, in der Arbeit und Beruf hinsichtlich Entlohnung und Aufstiegsmöglichkeiten oder in einer besseren Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege. Darüber hinaus dürfen schutzbedürftige Frauen nicht alleine gelas-



sen werden, sondern müssen durch gezielte Maßnahmen und Hilfen von Landesseite unterstützt werden. Ein zentrales Vorhaben in dieser Legislaturperiode ist die Reform des Landtagswahlrechts. Als grüne Landtagsabgeordnete ist mir die angemessene Repräsentation von Frauen in politischen Gremien sehr wichtig, schließlich geht es darum, die Gesellschaft in ihrer gesamten Breite entsprechend abzubilden. Wie im Koalitionsvertrag beschlossen wollen wir ein personalisiertes Verhältniswahlrecht mit einer geschlossenen Landesliste in Baden-Württemberg einführen. Dadurch können Landeslisten paritätisch, z. B. im Reißverschlussverfahren, besetzt und Frauen gezielt gefördert werden, um den Frauenanteil im Landtag von Baden-Württemberg zu erhöhen. Die Änderung des Wahlrechts ist keine einfache Aufgabe, aber ich werde sie zusammen mit meiner Fraktion und vielen weiteren Verbündeten gemeinsam und mit Nachdruck angehen. Ein wichtiger Schritt in der letzten Legislaturperiode war die Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes, das das berufliche Vorankommen von Frauen im öffentlichen Dienst gezielt fördert und die Einsetzung von Beauftragten für Chancengleichheit in Kommunen, Stadt- und Landkreisen gesetzlich verankert und deren Stellung deutlich stärkt. Daran möchte ich anknüpfen, die Gleichstellung in der Erwerbstätigkeit muss noch auf vielen Ebenen umgesetzt werden. Der Grundsatz lautet: Gleicher Lohn für

gleiche und gleichwertige Arbeit. Es kann nicht sein, dass Frauen lediglich aufgrund ihres Geschlechtes schlechter bezahlt werden als Männer. Ich habe das selbst in jungen Jahren persönlich erfahren müssen und finde es beschämend, dass wir immer noch dafür streiten müssen.

Weiterhin gilt es Frauen in ihrer beruflichen Entwicklung zu fördern und zu befähigen. Das Landesprogramm Kontaktstellen Frau und Beruf leistet hierbei wichtige Arbeit und motiviert und begleitet Frauen als Gründerinnen oder in der Selbstständigkeit. Darüber hinaus wollen wir eine gezielte Initiative zur Förderung und Stärkung von Frauen in Führungspositionen starten. Übergeordnetes Ziel ist es künftig deutlich mehr Frauen in Führungspositionen zu haben – sei es in der Wirtschaft, in Politik oder Verwaltung. Neben meinem Schwerpunkt Bestärken und Befähigen ist mir auch der Schutz und die Unterstützung von hilfsbedürftigen Frauen ein wichtiges Anliegen. Die Frauenhäuser in Baden-Württemberg übernehmen hierbei eine wichtige Aufgabe. Der unter Federführung des Sozialministeriums entwickelte Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen ist hierfür essentiell. Die vereinbarten Präventionsmaßnahmen und Inventionsketten gilt es konsequent umzusetzen, um geeignete Rahmenbedingungen für einen umfassenden Schutz und eine bedarfsgerechte Unterstützung von betroffenen Frauen und Kinder zu gewährleisten und die Täter entsprechend in Verantwortung zu nehmen. Ebenso sind weitere Maßnahmen im Kampf gegen Prostitution und Arbeitsausbeutung erforderlich. Darüber hinaus ist die erfolgreiche Integration von Flüchtlingsfrauen und ihrer Familien eine bedeutende Aufgabe, die wir in Baden-Württemberg nur gemeinsam erreichen können. Frauenpolitik ist ein wichtiges Querschnittsthema. Lassen Sie es uns gemeinsam angehen. Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen.

FRAUENSICHT - GLEICHSTELLUNGSPOLITISCHE SPRECHERINNEN

Christine Neumann MdL, CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Lieber Landesfrauenrat,

[...]

Dies nehme ich gern zum Anlass, mich – wie von Ihnen gewünscht – dem Landesfrauenrat und den interessierten Leserinnen und Lesern Ihres Rundbriefes kurz vorzustellen:

Ich heiße Christine Neumann, bin 30 Jahre jung, ledig – und fühle mich als echte Vertreterin der jüngeren Generation. Seit 2010 habe ich das Amt der stellvertretenden Kreisvorsitzenden der Jungen Union inne, seit 2014 bin ich stellvertretende Bezirksvorsitzende der JU Nordbaden. Aktiv bin ich selbstverständlich auch in meinem CDU-Heimatverband in Ettligen und im Stadtteil Bruchhausen. Von 2003 bis 2005 absolvierte ich zunächst erfolgreich meine Ausbildung als Verwaltungswirtin beim Regierungspräsidium Karlsruhe. Anschließend arbeitete ich ein weiteres Jahr als Verwaltungsangestellte in dieser Verwaltung. Nach der Fachhochschulreife begann ich 2007 mein Studium der Sozialen Arbeit und Sozialpädagogik an der Evangelischen Hochschule in Ludwigsburg, dann schloss sich ein Masterfernstudium der Erwachsenenbildung an der Technischen Universität in Kaiserslautern an. Nach weiteren beruflichen Stationen übernahm ich die verantwortungsvolle Aufgabe als Stadtteilsozialarbeiterin der Stadt Speyer, danach als Bezirkssozialarbeiterin der Stadt Karlsruhe. Seit 2013 bin ich Hilfeplanerin und Fallmanagerin im Rathaus West in der Abteilung Eingliederungshilfe der Stadt Karlsruhe. Mein Studium beendete ich 2011 mit dem Bachelor of Arts (entspricht dem Diplom) der Sozialen Arbeit und Sozialpädagogik und 2014 mit dem Master of Art der Erwachsenenbildung. Meine Erfahrungen im sozialpolitischen Bereich mit der erworbenen Sozialkompetenz setze ich gewinnbringend in der Wahlkreisarbeit (WK 31 Ettligen) und im Landtag ein, dem ich seit dem 13.03.2016 als jüngste Abgeord-



nete angehöre.

Im Landtag von Baden-Württemberg bin ich Mitglied des Arbeitskreises Wissenschaft Forschung und Kunst sowie Mitglied im Arbeitskreis Soziales und Integration. Des Weiteren bin ich drogen- und suchtpolitische, jugendpolitische Sprecherin und Gleichstellungsbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion. Die stärkere Beteiligung von Frauen im Landtag wie auch in den Kreis- und Gemeinderäten wurde in der CDU-Landtagsfraktion bereits vielfach diskutiert. Ich teile Ihre Einschätzung, dass Frauen in politischen Mandaten unterrepräsentiert sind. Im Kommunalwahlrecht ist bereits heute das Ziel verankert, Wahlvorschläge möglichst paritätisch mit Frauen und Männern zu besetzen. Den Parteien obliegt es danach, den Wählerinnen und Wählern vor Ort Kandidatinnen und Kandidaten vorzuschlagen. Unter diesen können die Wählerinnen und Wähler durch Kumulieren und Panaschieren frei wählen. Dies ist einer der Kerngrundsätze einer freien Wahl, wie sie in Art. 26 Abs. 4 der Landesverfassung verankert ist.

In dieser Legislaturperiode wollen wir ergebnisoffen prüfen, ob das Landtagswahlrecht im Hinblick auf eine stärkere Vertretung von Frauen bei den Mandatsträgern geändert werden muss. Zu diesem Zweck wollen wir zunächst die Auswirkungen des geltenden Landtagswahlrechts mit Direktmandat und Zweitauszählung auf die Verteilung der Mandate analysieren. Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion

kann voraussichtlich nur eine systematische Verzerrung der Sitzzuteilung zulasten weiblicher Bewerber eine Änderung des geltenden Wahlrechts rechtfertigen. So wird in der Abwägung zu berücksichtigen sein, dass das derzeitige Landtagswahlrecht in Baden-Württemberg wie kein anderes die Verankerung einer Kandidatin oder eines Kandidaten in ihrem/seinem Wahlkreis fördert.

Ist eine solche Benachteiligung von Wahlkreiskandidatinnen festzustellen, wird die CDU-Landtagsfraktion mögliche Lösungsvorschläge identifizieren und zunächst für sich bewerten. Ein besonderes Augenmerk könnte dabei auf der Einführung eines personalisierten Verhältniswahlrechts mit einer geschlossenen Landesliste liegen. In diesem Fall präferieren wir zwar das Modell des Einstimmenwahlrechts. Damit ist jedoch noch keine Entscheidung darüber gefallen, wie die Sitzzuteilung konkret erfolgen wird. Selbst mit dem geltenden Einstimmenwahlrecht gibt es für Wahlkreisbewerberinnen und -bewerber mit Direktmandat und Zweitauszählung zwei Möglichkeiten, in den Landtag einzuziehen.

Eines steht für die CDU-Landtagsfraktion jedoch fest: Alle im Landtag vertretenen Fraktionen müssen einer Reform des Landtagswahlrechts zustimmen. Dem müssen intensive, an der Sache orientierte Gespräche aller politischen Akteure im Landtag vorausgehen. In Baden-Württemberg ist es seit langem parlamentarischer Usus, dass sich die Fraktionen über die Spielregeln ihrer politischen Arbeit verständigen. Die Abgeordneten können sich nur auf die für die Bürger und das Gemeinwesen wichtigen Sachthemen konzentrieren, wenn sie nicht ständig Verfahrens- und Geschäftsordnungsdebatten führen müssen. Dies ist für uns selbstverständliche Grundlage unserer Arbeit.

Für Ihr Interesse an diesem Thema und an meiner Person danke ich Ihnen recht herzlich. Für Ihre Ideen und Anregungen sind wir offen und werden diese gerne in den Prüf- und Entscheidungsprozess einfließen lassen.

Sabine Wölfle MdL, SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

[...] Nach wie vor stoßen Frauen an die „gläserne Decke“, sie tragen weiter die Hauptlast bei der Pflege und Kinderbetreuung. Ganz besonders leidet die Gleichberechtigung, sobald Frauen Kinder haben. Von beruflichen gleichen Chancen mit gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit sind wir auch noch ein gutes Stück entfernt. Wirklich nach vorne kommen wir nur, wenn die Politik die richtigen Weichen stellt und die Probleme laut und vernehmlich benennt.

Seit ich vor 30 Jahren in die SPD eingetreten bin, haben wir dort einiges für die Gleichberechtigung aller Bürgerinnen und Bürger erreicht. Vieles davon ist in Gesetzen verankert wie der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, die Frauenquote in Aufsichtsräten oder das bevorstehende Lohngleichheitsgesetz. Was jedoch fast noch wichtiger ist: Die Gleichberechtigung erreicht immer mehr die Köpfe. Eine Selbstverständlichkeit, die unsere Gesellschaft besser, freier und auch produktiver macht. Auch hier sind wir auf einem guten Weg, erleben aber immer wieder auch Rück- und Tiefschläge. In Baden-Württemberg haben wir in der letzten Wahlperiode vieles, oft gegen Widerstände, durchgesetzt. Das war auch dringend nötig, denn besonders unsere Eckdaten in den politischen Gremien waren beschämend. Mit einer Änderung im Kommunalwahlrecht konnten wir zunächst den Anteil der gewählten Bewerberinnen in den Kreistagen und den Gemeinderäten etwas erhöhen. Allerdings stellen die Parteien, und das ist ihr verfassungsgemäßes Recht, die Personen auf, die sie für qualifiziert halten. Bei den Grünen und auch überwiegend bei der SPD sind darunter viele Frauen, bei der CDU weniger und bei der FPD werden zwar Frauen aufgestellt, aber nicht gewählt. Hier müssen wir anscheinend noch viel Überzeugungsarbeit leisten, warum es sinnvoll und wertvoll ist, dass bei politischen Entscheidungen auch Frauen ihre Meinungen, Erfahrungen und Qualitäten einbringen. Begleitend dazu halte



ich es für sinnvoll, aus der bisherigen „Soll-Vorschrift“ bei der Listenaufstellung eine gesetzlich verbindliche Vorgabe zu machen.

Dafür bedarf es aber einer wichtigen Voraussetzung: Wir müssen die Frauen überzeugen, dass sie mitmischen, sich beteiligen und kandidieren und die Rahmenbedingungen schaffen, dass ein politisches Amt auch mit Familie funktionieren kann.

Betreffend der Änderung des Landtagswahlrechts haben wir noch immer Beratungsbedarf. Auch wenn unser eigenwilliges Ein-Stimmen-System Vorteile hat, so gibt es auch deutliche Nachteile. Diese überwiegen für mich. Ich sehe darin den Grund, warum wir so wenige Frauen im Landtag haben. Für mich steht auch fest: Unser Wahlrecht ist mitnichten eine Persönlichkeitswahl. Die letzte Wahl hat viele völlig unbekannte Kandidaten und Kandidatinnen in den Landtag gebracht und zudem wissen einige Kolleginnen durchaus auch, dass sie nicht gewählt worden wären, wäre ihr Wahlkreis vor der Nominierung als chancenreich angesehen worden. Wir müssen uns erneut alle möglichen Systeme ansehen, um eine überzeugende Lösung zu finden. Jetzt ist die grün-schwarze Landesregierung am Zug. – Wir dürfen gespannt sein.

Auch in anderen Gremien oder Führungspositionen sind Frauen nach wie vor unterbesetzt. Wo das Land Einfluss nehmen kann, wird künftig das Chancengleichheitsgesetz wirken. Darin ist verankert, das für Gremien, für die dem Land ein Berufungs-, Entsende- oder Vorschlagsrecht zusteht, eine verbindliche Frauenquote von

mindestens 40 Prozent gilt, soweit die Entsendung in das Gremium nicht an ein bestimmtes Amt gekoppelt ist. Beauftragte für Chancengleichheit werden in der Verwaltung strukturelle Hindernisse abbauen. Denn zwar erhöht sich seit Jahren der Anteil der Frauen in allen Laufbahngruppen, aber insbesondere in den hohen Besoldungsgruppen sind Frauen weiter unterrepräsentiert. So sind beispielsweise in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern 82% der gut bezahlten Leitungsstellen mit Männern besetzt. Um die Verabschiedung dieses Gesetzes wurde stark gerungen. Eine Bewertung und gegebenenfalls Nachbesserungen müssen nach gegebener Zeit erfolgen. Ich werde die Wirkung des Gesetzes verfolgen und auch nachfragen.

Nach meiner Einschätzung werden die Bemühungen zur Gleichberechtigung unter Grün-Schwarz nachlassen. Für die breite Masse in der CDU ist sie nun wirklich kein Herzensthema, einzelne Untergruppen haben auf der Internetseite „Demo für alle“ gar Sätze wie „Stoppt Gender-Ideologie“ unterzeichnet. Es kommt also stark darauf an, wie sich die Grünen durchsetzen werden. Gerade in der heutigen Zeit ist die Fortführung unserer Bemühungen bei der Gleichberechtigung entscheidend. Viele Menschen rücken nach rechts und dort erfährt das Thema Gleichberechtigung völlige Ablehnung. Gerade jetzt ist Gleichberechtigung also kein Luxusthema, sondern ein wichtiger Wert unserer Gesellschaft, den wir verteidigen sollten. Dafür werde ich mich auch in dieser Wahlperiode wieder mit voller Kraft einsetzen.

Der aktuelle Gender Gap Report kündigt weltweite Gleichstellung erst in 170 Jahren an.

Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen weltweit ist auch ein Schlüssel, um Armut zu bekämpfen.

Nicht nur bei uns in Deutschland, auch weltweit, gibt es noch viel zu tun für uns, hier ist auch unsere Solidarität gefragt.

Sabine Wölfle ist seit 2011 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg. Sie ist sozial- und gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion und stellv. Fraktionsvorsitzende.

FRAUENSICHT - GLEICHSTELLUNGSPOLITISCHE SPRECHERINNEN

Jochen Haußmann MdL, FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Liebe Leserinnen und Leser,

vielen Dank für die Möglichkeit, dass ich mich Ihnen in meiner Funktion als frauenpolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion vorstellen darf. Diese Aufgabe nehme ich auch in dieser Legislaturperiode gerne wahr, nachdem ich in den vergangenen fünf Jahren diese Themen politisch gestalten durfte. Bereits zuvor war ich in meiner beruflichen Laufbahn mit Personalverantwortung im Mittelstand mit den Herausforderungen eng verwoben. Es ist aus meiner Sicht von Vorteil, wenn über Politik zur Förderung von Frauen nicht nur abstrakt-theoretisch, sondern auch anhand von praktischen Erfahrungen diskutiert werden kann, um somit ausgewogene Schlussfolgerungen für nötige Weiterentwicklungen ziehen zu können.

Ich sehe im Wesentlichen zwei Standbeine, auf die eine umfassende Gleichstellung aufbaut. Erstens müssen Barrieren abgebaut und Entwicklungswege ermöglicht werden. Zweitens muss das Bewusstsein und die Bereitschaft geweckt werden, diese Wege tatsächlich zu gehen und sich den Herausforderungen zu stellen. In den letzten Jahrzehnten wurde viel erreicht, es bleibt aber auch noch einiges zu tun. Noch immer sind Frauen als Führungskräfte rar. Auch in Parlamenten sind Frauen noch nicht sehr zahlreich vertreten. Doch in Parlamenten sind auch andere Gruppen nicht annähernd nach ihrem Bevölkerungsanteil vertreten, was die Angelegenheit weder besser macht noch zur Relativierung beitragen soll.

Das führt mich aber zu einem aus meiner Sicht sehr interessanten Ansatz. Der des Diversity Managements. Vielfaltsmanagement ist die in der Wirtschaft inzwischen anerkannte Methode, umfassend die unterschiedlichen Lebensverhältnisse der Menschen zum Vorteil aller abzubilden und einzubinden. Dabei wird „Diversity“ als etwas grundsätzlich Positives



aufgegriffen und die Individualität des Einzelnen anerkannt. In dieser Art der Unternehmensführung wird die Vielfalt nicht nur anerkannt, sondern auch aktiv gestaltet. Die Kerndimensionen umfassen folgende Bereiche: Geschlecht, Ethnische Herkunft, Nationalität, Alter, Behinderung, sexuelle Orientierung und Identität, Religion oder Weltanschauung. Die Wahrnehmung von Vielfalt ist mehr als die Summe ihrer Teile, somit bewirkt dieser Ansatz eine wesentliche Erweiterung und Aufwertung der bisherigen Vertretungen einzelner Teilbereiche. Dies sollte sich das Land Baden-Württemberg zu Eigen machen. Die Bündelung dieser Themen würde zu einer Stärkung jedes einzelnen Bereiches führen, da er vernetzter wahrgenommen werden könnte. Sowohl gesellschaftliche Toleranz als auch die Abbildung der wachsenden Differenzierung einzelner Bedürfnisse und Wahrnehmungen können durch eine Verfolgung dieser Strategie verbessert werden und das Land kann Anreize in der Wirtschaft, der Verwaltung und den Gemeinden dazu schaffen. Mögliche Zuständigkeiten wären neben der Sprachrohrfunktion u.a. die Entwicklung und Optimierung von Gesetzesvorschlägen zur Stärkung der Vielfalt in der baden-württembergischen Gesellschaft, als zentrales Forum und Anlaufstelle zu dienen, die Schirmherrschaft eines öffentlich wirksamen „Vielfalts- und Gleichstellungspreises“ und die Erarbeitung eines jährlichen, umfassenden Vielfaltsberichtes für den Landtag. Es muss die Frage zulässig sein, ob die Schaffung von immer mehr Beauftragten nicht zu einer intransparenten

Struktur führt, die letztlich die Gefahr birgt, bei der Vielzahl der Partikularinteressen den Gesamtüberblick zu verlieren. Ob hier das Diversity Management ein Lösungsansatz sein könnte, darüber würde ich gerne diskutieren.

Landespolitisch wird es in dieser Legislatur aber auch um die Weiterentwicklung des Wahlrechts gehen. Der Koalitionsvertrag hat hier Hoffnungen geweckt, in dem es dort heißt: „Damit der Landtag die Baden-Württembergische Gesellschaft künftig in ihrer ganzen Breite besser abbildet, werden wir ein Personalisiertes Verhältniswahlrecht mit einer geschlossenen Landesliste einführen.“ Die Nebenabreden sorgen allerdings für eine Einschränkung: „Dabei werden wir das Einstimmenwahlrecht beibehalten“. Wir Freien Demokraten hatten im Landtagswahlprogramm ein Zweistimmenwahlrecht gefordert.

Die Flüchtlingskrise wirft auch ihre Schatten auf die Frauenpolitik. Immer öfter müssen wir davon Kenntnis nehmen, dass Frauen in ihrer sexuellen Selbstbestimmung und in ihrer Würde nicht so behandelt werden, wie das bei uns üblich ist. Gemeinsam fordern wir ein, dass nicht aus einer falsch verstandenen Toleranz heraus die Freiheit, die Selbstbestimmung und die Würde der Frauen Schaden nehmen. Fehlverhalten muss sanktioniert werden. Wer hier Nachgiebigkeit signalisiert, nimmt Beliebigkeit in Kauf.

GESPRÄCHE MIT DER NEUEN LANDESREGIERUNG UND DEN FRAKTIONEN

Empfang aller weiblichen Regierungsmitglieder und Abgeordneter im Landtag Baden Württemberg auf Einladung der Landtagspräsidentin Muhterem Aras und des LFR am 30. Juni 2016

Abgeordnete des Landtags, Vorstand des LFR mit Landtagspräsidentin Muhterem Aras



Antrittsgespräch des Landesfrauenrats bei Staatssekretärin Bärbl Mielich im Sozialministerium am 26. Sept. 2016. Die gleichstellungspolitisch relevanten Vereinbarungen im schwarz-grünen Koalitionsvertrag boten jede Menge Gesprächsstoff.

v.l.: Kirsten Koners, Jan Leipold, Tina Rettstatt, Nicole Härtling, Manuela Rukavina, Staatssekretärin Bärbl Mielich MdL, Hildegard Kusicka, Dorothea Maisch, Claudia Busch

Mit Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann beim Arbeitsgespräch „Bildung und Frauen“. Schwerpunkte waren unter anderem Ganztagsschulen und Weiterentwicklung von Rollenbildern.

v.l.: Dina Maria Dierssen, Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann, Manuela Rukavina



Dorothea Wehinger MdL, Frauenpolitische Sprecherin Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Manuela Rukavina

Im Kennenlerngespräch mit Frau Wehinger hat der LFR unter anderem über die aktuellen Schwerpunkte des LFRs gesprochen.

GESPRÄCHE MIT DER NEUEN LANDESREGIERUNG UND DEN FRAKTIONEN

Hier hat der LFR den Fraktionsvorsitzenden Andreas Schwarz besucht, um sich und die Arbeit des LFR vorzustellen. Hauptthema war das Landtagswahlrecht.

v.l.: Hildegard Kusicka, Andreas Schwarz, Fraktionsvorsitzender, Anneliese Schmid-Kaufhold, Andrea Sieber, Manuela Rukavina



Staatssekretärin Katrin Schütz, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau im Gespräch über den Arbeitsmarkt für geflüchtete Frauen und der Fragestellung „Digitalisierung und Frauen: was bedeutet das für Frauen in Baden-Württemberg?“

v.l.: Dr. Birgit Buschmann, Manuela Rukavina, Katrin Schütz, Hildegard Kusicka

Im November hat der LFR sich mit der FDP Landtagsfraktion getroffen – ein interessanter Austausch über die Digitalisierung und das Landtagswahlrecht.

v.l.: Andrea Sieber, Jürgen Keck MdL, Hildegard Kusicka, Hans-Ulrich Rülke, Fraktionsvorsitzender, Gabriele Reich-Gutjahr, Manuela Rukavina, Prof. Erik Schweickert



Antrittsbesuch des Vorstands bei der CDU-Landtagsfraktion. Neben dem persönlichen Kennenlernen stand das Thema Landtagswahl auf der Agenda.

Am Gespräch nahmen Christine Neumann MdL, Dr. Bernhard Lasotta MdL, Thomas Blenke und Marion Gentges MdL teil. Wegen einer Abstimmung in der Plenarsitzung war ein gemeinsames Foto nicht möglich.

v.l.: Dorothea Maisch, Thomas Blenke, stellv. Fraktionsvorsitzender, Manuela Rukavina, Dr. Bernhard Lasotta MdL

Nach Redaktionsschluss erfolgte am 6.12.16 noch der Termin mit der SPD Fraktion.

SCHWERPUNKT: PARTIZIPIEREN - GEFLÜCHTETE FRAUEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Dimensionen - Konzepte - Projekte Fachveranstaltung am 28. Oktober in Stuttgart

Die 2. Fachveranstaltung des Landesfrauenrates zum Jahresschwerpunkt „Geflüchtete Frauen und ihre Kinder – Herausforderung Zukunft in Baden-Württemberg“ war mit 130 BesucherInnen wieder sehr gut besucht. Viele wichtige Aspekte zum Thema Integration und Partizipation wurden dabei beleuchtet. Die konkreten Projekte und unterschiedlichen Arbeitsfelder wurden dabei von Fachfrauen aus dem stetig gewachsenen Vernetzungskreis des Landesfrauenrates kurz vorgestellt.

Das Grußwort zu dieser Fachveranstaltung hielt der neue Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha MdL. Der LFR hat sich sehr über diesen Antrittsbesuch gefreut und bedankt sich noch einmal im Namen aller für die interessante und informative Rede.



Stichworte zur Rede von Minister Manfred Lucha MdL

- Es gilt das gesprochene Wort -

1. Botschaft

Für geflüchtete Frauen und Kinder sind besondere Schutzkonzepte und Integrationsmaßnahmen notwendig.

- 2015 war ein Jahr mit besonderen Herausforderungen.
- Knapp über eine Million Asylsuchende wurden in Deutschland registriert.
- 2016 sind die Zahlen deutlich gesunken und lagen zwischen Januar und September bei rund 270.000.
- Der weit überwiegende Teil der geflüchteten Menschen ist mit circa zwei Dritteln männlich.
- Das heißt aber keineswegs, dass Frauen und ihre Bedürfnisse bei ihrer Aufnahme, Unterkunft und Integration vernachlässigt werden dürfen.
- Integration kann man auch nicht dem Zufall überlassen.

• Es ist ein Gebot der Humanität – und

eine Umsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtung – eine Willkommenskultur und -struktur für Flüchtlinge zu entwickeln.

- Dies gilt im besonderen Maße für jene Gruppen, die zu den besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen zählen: Frauen, Jugendliche und Kinder.
- Der Landesfrauenrat macht sich für diese Menschen schon lange besonders stark, was große Anerkennung und unseren Dank verdient.
- Die Zahl der geflüchteten Jugendlichen und Kinder ist nicht gerade gering.
- Mehr als 30 Prozent der Asylsuchenden in den vergangenen beiden Jahren waren unter 18 Jahre alt.
- Integration muss früh ansetzen, setzt jedoch voraus, dass die nach Deutschland geflüchteten Menschen auch ein sicheres und schützendes Umfeld finden.

- Gerade Frauen und Kinder haben spezielle Bedürfnisse, die bei der Unterbringung zu beachten sind, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.
- Wir haben deshalb bereits viele Maßnahmen ergriffen, um für diejenigen, die unseren besonderen Schutz brauchen, ein stabiles Umfeld zu schaffen.
- Alleinreisenden Frauen und Kindern werden geschlechtergetrennte Wohnräume, Rückzugsmöglichkeiten und abschließbare Räume zur Verfügung gestellt.
- Unabhängige Sozial- und Verfahrensberater in den Erstaufnahmeeinrichtungen stehen den Asylsuchenden als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung, auch um frühzeitig integrativ tätig zu werden.
- Bei Kindern ist zudem dafür Sorge zu tragen, dass ihnen ein geeigneter Raum zur Verfügung gestellt wird, der zum Spielen und bei Bedarf zum Erledigen von Hausaufgaben genutzt werden kann.
- Wenn geflüchtete Kinder die Möglichkeit zum Besuch einer Kindertagesstätte oder einer Schule haben, finden sie auch einen schnelleren Weg in unsere Gesellschaft.
- Dabei gilt es diese Kinder und Jugendlichen so zu unterstützen, dass sie nicht von vorneherein von Gleichaltrigen abgehängt werden.
- In Baden-Württemberg gibt es zudem Flüchtlingsunterkünfte, die im Rahmen eines Projekts des Bundes Koordinatorinnenstellen für Gewaltschutz eingerichtet haben.
- Dabei geht es darum, standortspezifische Schutzkonzepte in den Einrichtungen zu erstellen und umzusetzen.
- Der Fokus liegt dabei nicht nur auf dem Gewaltschutz, sondern Ziel ist auch, für Frauen und Kinder ein

SCHWERPUNKT: PARTIZIPIEREN - GEFLÜCHTETE FRAUEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

schützendes und förderndes Umfeld zu schaffen.

- Dass dem Land Baden-Württemberg der Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt und die Integration ein sehr wichtiges Anliegen ist, wird durch das Jesidinnen-Sonderkontingent belegt.
- Rund 1.100 jesidische Frauen und Kinder aus dem Nordirak fanden in Deutschland Schutz vor dem Terror des sogenannten Islamischen Staats.
- Den Frauen und Kindern hilft eine feste Alltagsstruktur durch Sprachkurse und Traumabewältigung bei der Integration.

- Ein weiteres Projekt, das das Anliegen des Landes zum besseren Schutz der Integration von Frauen und Kindern unterstreicht, ist ein Maßnahmenpaket zur Umsetzung von Informationsveranstaltungen und Unterstützungs-, Beratungs- und Hilfeangeboten für Mädchen und Frauen mit Fluchterfahrung, welches der Paritätische Baden-Württemberg im Auftrag des Ministeriums für Soziales und Integration durchführt.
- Viele geflüchtete Frauen wissen nicht, welche Rechte sie in Deutschland haben, insbesondere auch mit Blick auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern.
- Wir sehen uns als Land in der Pflicht, den Frauen und Kindern, die zu uns gekommen sind, dieses Wissen an die Hand zu geben.

2. Botschaft

Trotz bisheriger Erfolge wird das Land seine Anstrengungen für eine bessere Integration geflüchteter Menschen, insbesondere der Frauen und Kinder, verstärken und weiter voranbringen.

- Für viele Asylsuchende wird es auf absehbare Zeit keine Rückkehr in ihr Heimatland geben.
- Wir sind verpflichtet, diesen Menschen hier ein neues Zuhause zu geben und sie in unsere Mitte zu integrieren.
- Frauen und Kinder haben dabei besondere Bedürfnisse, die wir bei unseren Integrationsmaßnahmen verstärkt berücksichtigen müssen.

- Frauen haben für Kinder und Familie eine Vorbild- und Multiplikatorinnenrolle, daher ist es wichtig, Frauen speziell zu fordern und zu fördern.
- Ihnen muss das Gefühl vermittelt werden, dass sie Teil unserer Gesellschaft sind.
- Angefangen von der Sprachförderung über die Integration in den Arbeitsmarkt bis hin zur Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit hat das Land viel veranlasst und engagiert sich gemeinsam mit den Kommunen.

Sprachförderung

- Integration wird nur durch die Vermittlung der deutschen Sprache gelingen.
- Für die Teilhabe am Arbeitsmarkt sowie dem gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben sind gute Deutschkenntnisse notwendig.
- Bereits in der vorläufigen Unterbringung werden daher Angebote zum Erwerb von Grundkenntnissen der deutschen Sprache vorgehalten.
- Den Asylsuchenden muss jedoch zeitnah auch eine weitergehende Sprachförderung angeboten werden.
- Der Bund bietet daher auch Asylbewerberinnen und -bewerbern die Möglichkeit zur Teilnahme an Integrationskursen, wenngleich nur für wenige Zielgruppen.
- Solange der Bund nicht endlich nachbessert, bieten wir darüber hinaus den Asylsuchenden aus nichtprivilegierten Herkunftsländern auf Grundlage der Verwaltungsvorschrift „Deutsch für Flüchtlinge“ die Chance, an qualifiziertem Sprachunterricht teilzunehmen.
- Hierbei haben wir auch die speziellen Bedürfnisse der Frauen im Blick gehabt.
- So erlaubt die Verwaltungsvorschrift seit diesem Jahr auch die Finanzierung von Kinderbetreuung aus den zur Verfügung gestellten Mitteln.
- Frauen müssen ihre Kinder gut betreut wissen, nur so werden sie auch die Möglichkeiten der angebotenen Sprachkurse nutzen.

Arbeitsmarkt

- Zu einer gelingenden Integration gehört eine rasche Integration in den Arbeitsmarkt.
- Bereits ab der Flüchtlingserstaufnahme können Flüchtlinge daher zukünftig mit den im Integrationsgesetz eingeführten Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen Arbeitsgelegenheiten ergreifen.
- Damit ist eine frühzeitige Heranführung an den Arbeitsmarkt möglich.
- Im Land befassen sich insbesondere die Partnerinnen und Partner des Ausbildungsbündnisses und der Fachkräfteallianz intensiv mit der Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit.
- Beide Gremien haben hierzu Vereinbarungen geschlossen.
- Die Regionaldirektion hat mit dem Programm „Perspektiven für weibliche Flüchtlinge – PerF-W“ eine vorbildliche Integrationsmaßnahme für Frauen geschaffen.
- Die Maßnahme ist speziell auf die Bedürfnisse von Frauen zugeschnitten und verbindet berufsbezogene Aspekte mit der gesellschaftlichen Integration.
- Die Kinderbetreuung steht auch hier im Fokus.
- Junge Flüchtlinge werden durch das ESF-Programm „Junge Flüchtlinge in Arbeit – JuFA“ vor und während der Berufsausbildung unterstützt.
- Auf diese Programme müssen wir auch in Zukunft aufbauen.
- Ein weiterer wichtiger Punkt bei der Arbeitsmarktintegration ist die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen.
- Mit dem Landesenerkennungsgesetz hat das Land die gesetzlichen Regelungen gestrafft und vereinfacht.

Unterstützung des Ehrenamtes

- Integrationsmaßnahmen enden nicht bei den Migrantinnen und Migrantinnen.
- Wichtig für das Gelingen sind begleitend Maßnahmen für die Aufnahmegesellschaft.
- Bürgerschaftliches Engagement wirkt in einer Art und Weise solidaritätsstiftend, wie es der Staat kaum organisieren kann.
- Die Initiative der Zivilgesellschaft in den Zeiten enormer Flüchtlingsströme hat Deutschland ein Gesicht gegeben.
- Und die Zivilgesellschaft ist auch

SCHWERPUNKT: PARTIZIPIEREN - GEFLÜCHTETE FRAUEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

jetzt noch in vorbildlicher Weise aktiv.

- Bürgerschaftliches Engagement ist ein Schlüssel für eine positive Grundhaltung in der Gesellschaft gegenüber Migranten und insbesondere Flüchtlingen .

- Es ist uns daher sehr wichtig, das zivilgesellschaftliche Engagement zu unterstützen und zu würdigen.

- Mit dem Landesprogramm „Flüchtlingshilfe durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ erhält das Bürgerschaftliche Engagement für Flüchtlinge eine koordinierte und strukturierte Unterstützung, die schnell vor Ort ankommt.

- Es wurde bereits im Jahr 2015 aufgelegt und wird in dieser Legislaturperiode fortgeführt und weiterentwickelt.

- Die vier Säulen des Programms sind:
1. Das Förderprogramm „Gemeinsam in Vielfalt – Lokale Bündnisse für Flüchtlingshilfe“

- 2. Qualifizierung Ehrenamtlicher in der Flüchtlingshilfe

- 3. Freiwilligendienste von Flüchtlingen

- 4. Bürgerbeteiligungsprozesse in der Flüchtlingspolitik: Kommunale Flüchtlingsdialoge

Ausblick in Richtung vielfältiges Baden-Württemberg

- Land und Kommunen werden gemeinsam weiter daran arbeiten, Flüchtlinge in unsere Gesellschaft zu integrieren und ihre aktive Teilhabe zu fördern.

- Dazu gehören für uns im Land Integrationsbeauftragte, Sprachförderung, Betreuung und Begleitung, Schulsozialarbeit, Ehrenamt und Hilfen für den Arbeitsmarkt.

- Bei der Erstellung des Zukunftsplans Jugend werden wir die geflüchteten Jugendlichen auch im Blick haben.

- Diese jungen Menschen befinden sich noch im Prozess der Persönlichkeitsentwicklung und bedürfen daher besonderer Beachtung.

- Auch das Ehrenamt wird vom Land

weiter unterstützt.

- Wir wollen unser Landesprogramm zu einem ganzheitlichen und zukunftsfähigen Konzept ausbauen, um Flüchtlinge in alle Bereiche der Gesellschaft zu integrieren.

- Uns geht es darum, Flüchtlinge nicht mehr als separate Gruppe anzusehen, sondern als Teil einer Gesellschaft der Vielfalt.

- Unsere Ziele sind gesellschaftliche Teilhabe und Mitgestaltungsmöglichkeiten aller, die hier in Baden-Württemberg zusammenleben – unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität, Religion und anderen Identitätsmerkmalen.

- In Baden-Württemberg wollen wir Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt leben.



SCHWERPUNKT: PARTIZIPIEREN - GEFLÜCHTETE FRAUEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Familienalltag: Mutter-Kind-Projekt Gaggenau , Carmen Merkel, Frauenbeauftragte

Im vergangenen Jahr waren wir in erster Linie damit beschäftigt, für ein Dach über dem Kopf der Flüchtlinge zu sorgen. Die Herausforderung in diesem Jahr besteht darin, die Menschen zu integrieren. Eine Aufgabe, die wir in den Kommunen ohne ehrenamtliche Unterstützung nicht bewältigen können.

In Gaggenau – eine Stadt mit rund 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern – leben knapp 200 Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung, für die die Kommune zuständig ist. Außerdem haben wir in einem Ortsteil eine Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises in der im Rahmen der vorläufigen Unterbringung rund 100 Flüchtlinge untergebracht sind. Wir haben Familien zugewiesen bekommen – aber auch alleinstehende Frauen und Männer.

Ich bin überzeugt davon, dass ein wichtiger Schlüssel für die Integration, die Frauen und Mütter sind. In traditionellen Strukturen gelingt es erst, die Familien zu erreichen, wenn die Frauen erreicht werden. Das Mutter-Kind-Projekt, ist deshalb eine gute Möglichkeit, um an die Frauen und Mütter heranzukommen.

Es wurde von Ehrenamtlichen, die in der Gemeinschaftsunterkunft aktiv sind, zusammen mit der Sozialberatung und dem Fachdienst „Frühe Hilfen“ des Landkreises Rastatt entwickelt.

In einem Kurs, der sich über 8 Einheiten zieht, sollen Mütter an Themen wie Pflege, Ernährung, Gesundheitsvorsorge, die Grundlagen gesetzlicher Bestimmungen der Kinderbetreuung und des Kindeswohls oder die spielerische Kinderförderung herangeführt werden. Abgeschlossen wird der Kurs mit der Verleihung eines Zertifikats der Frühen Hilfen.

Bereits im Frühjahr gab es einen ersten Anlauf, den Kurs starten zu lassen. Ernüchtert mussten wir jedoch feststellen, dass wir nicht genügend Mütter oder Väter zur Teilnahme gewinnen konnten. Mittlerweile glauben



wir, dass dies einfach daran lag, dass die Frauen glaubten, im Kurs wird Ihnen gesagt, wie sie ihre Kinder erziehen sollen. Ganz nach dem Motto: Die Deutschen machen alles gut und richtig – die Flüchtlinge wissen nicht Bescheid und machen alles falsch.

Dies hat uns vor Augen geführt, wie schwierig es ist, gut gemeinte Angebote auch gut umzusetzen. Beim zweiten Anlauf wurde das Angebot anders beworben und besser erklärt. Die Frauen sollten den Kurs als Möglichkeit verstehen, sich untereinander auszutauschen, die unterschiedlichen Kulturen kennen zu lernen und eben auch unsere Systeme, Rechte und Pflichten kennen zu lernen.

Das dies notwendig ist, ist im Alltag einer Gemeinschaftsunterkunft gut zu erkennen. Die Aufsichtspflicht der Eltern wird nicht immer ernst genommen oder gut gemeinte Spenden von Dreirädern oder Fahrrädern haben auch schon zu gefährlichen Situationen geführt, wenn die Eltern ihre Kinder einfach los fahren lassen ohne dass diese sich sicher im Straßenverkehr bewegen können.

7 Mütter mit Kindern im Baby- bis zum Kleinkindalter nehmen teil. Der Kurs wird in deutscher und englischer Sprache gehalten. Als Nebeneffekt dient er

auch der Sprachförderung. Mittlerweile gibt es auch Videos mit Übersetzungen in kurdisch und arabisch, mit denen anschaulich die unterschiedlichen Themen vermittelt werden können. Wir konnten außerdem eine Kinderkrankenschwester gewinnen, die die Vorsorgeuntersuchungen, empfohlene Impfungen usw. vermittelt. Außerdem konnten dank Sponsoren kleine Präsente – passend zum Thema – organisiert werden. Solche Dinge sind immer ein großer Anreiz, irgendwo mitzumachen.

Wie bei allem, was angeboten wird, ist die Pünktlichkeit ein großes Problem. Den Kurs auf vormittags 10:00 Uhr anzusetzen war zu früh, der Start ist jetzt um 10:30 Uhr. Außerdem wurde eine Whats-App-Gruppe eingerichtet, mit der an die jeweiligen Termine erinnert wird.

Immer wieder vor Augen führen muss man sich aber auch, dass die Frauen schlimme oder auch traumatische Erlebnisse auf der Flucht erfahren haben. Da kann das Mutterglück unter Umständen auch auf der Strecke bleiben. Aber sicher ist, dass alle nur das Beste für ihr Kind wollen und deshalb am ehesten bereit sind, auch Hilfe anzunehmen.

Wir hoffen sehr, dass es uns gelingt, dass sich die Mütter künftig gegensei-

SCHWERPUNKT: PARTIZIPIEREN - GEFLÜCHTETE FRAUEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

tig mehr unterstützen und helfen. Die verschiedenen Kulturen und Nationen auf engem Raum, die gemeinsame Nutzung der Küche führen zu Konflikten, die wir mit unserem Projekt hoffentlich auch entschärfen.

Bislang gibt es wenige Beispiele, dass sich die Frauen gegenseitig unterstützen. Insbesondere allein erziehende Mütter würden z. B. davon profitieren, sich gegenseitig die Kinder abzunehmen und so etwas Freiraum für Dinge zu bekommen, wo sie die Kinder nicht mitnehmen können.

Ein weiteres Projekt, das nach den Herbstferien startet, möchte ich ebenfalls gerne anreißen. Von einer Ehrenamtlichen, die einen sozial- und

arbeitspädagogischen Hintergrund hat, wurde zusammen mit einem Grundschulrektor ein Elternkurs „So funktioniert Grundschule“ als Pilotprojekt entwickelt. Eltern mit Migrationshintergrund und Flüchtlings-Eltern werden in einem Kurs, der sich über das gesamte Schuljahr zieht und zweimal monatlich stattfindet, an unser Schulsystem herangeführt. Die Eltern sollen die Gelegenheit haben, über Schule, Verantwortung, Rechte und Pflichten von Eltern, Schülern und Lehrern zu sprechen und vieles darüber zu lernen. In allen Themenblöcken erhalten die Eltern sprachliche Unterstützung im deutschen Sprachgebrauch – und wenn notwendig – Hilfe in ihren Sprachen. Ein Ziel ist, dass sich die Eltern sprachlich soweit entwickeln, dass sich

die „Dolmetscher-Notwendigkeit“ ihrer Kinder reduziert und sie selbst mehr und mehr ihre persönlichen Anliegen auf Augenhöhe mit dem Schul-Team darstellen können.

Der Weg der Integration unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund und/oder Fluchterfahrung können wir nur alle gemeinsam gestalten und gehen. Wir sind gespannt, wie sich die Projekte entwickeln und was vielleicht auch an neuen Ideen daraus entsteht. Ich glaube auch, dass durch solche vorgeschalteten Projekte die Partizipation der Frauen und Familien in unserer Gesellschaft erleichtert oder sogar erst möglich wird.



SCHWERPUNKT: PARTIZIPIEREN - GEFLÜCHTETE FRAUEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Shahrzad Mohammadi, Bike Bridge Project Freiburg

Das Bike Bridge Project richtet sich gezielt an die Zielgruppe weibliche Flüchtlinge und Asylbewerberinnen in Freiburg. Durch theoretisches und praktisches Fahrradtraining, Touren und Ausflüge in der umweltfreundlichen und fahrradbegeisterten Stadt Freiburg, soll die Mobilität der Teilnehmerinnen verbessert und gleichzeitig auch deren soziale und kulturelle Integration gefördert werden. Das Radfahren ermöglicht es die Stadt und die neue Umgebung zu entdecken, Kontakte mit der Gastgesellschaft zu knüpfen, sowie die Kultur und Traditionen des Gastlandes kennenzulernen.

Das Projekt besteht aus drei aufeinanderfolgenden Phasen:

1. Theoretische und praktische Einheiten rund um das Fahrradfahren
2. Fahrradtouren in der Stadt und Umgebung und
3. Reparatur-Workshops und Freizeitausflüge mit dem Fahrrad für Flüchtlingsfrauen und ihre Familien.



Speaker: Shahrzad Mohammadi (an Iranian PhD candidate of sport sociology at the institute of Sport and Sport Science, University of Freiburg and one of the three coordinator of the Bike Bridge Project which is a cycling project for female asylum seekers and refugees in Freiburg)

How it all began?

In October 2015, I went to a refugee's camp for the first time to visit a football project for kids and teenagers in Freiburg. I saw kids (mostly boys) playing football in the sport place located in the camp. When they finished, a group of men entered the sport place and started playing basketball. There was no woman around. I approached an Afghan man who was with his kids around the sport place. I asked him if there is any woman living in the camp. And whether there is physical activity projects available for women too. He told me there is no project for women. And that his wife is not feeling good psychologically and she spends most of her time in the room. It was my first

impression of a refugee's camp. After a research on the sport offers available for asylum seekers and refugees, I found out that the opportunity is limited for those women in Freiburg.

As a person who believe on the role of sport and physical activity to tackle psychological, physical, and social problems, the idea of having a sport/physical activity program with the focus on women crossed my mind. I have wrote a draft of a project proposal and with the assistance of two colleagues of mine Lena pawelke and Clara Speidel we developed a complete project proposal.

The project Bike Bridge is not just a cycling project for refugees and asylum seeker women. The main goal is to facilitate their social integration.

Our main target group is female asylum seekers and refugees. In the ideology of Bike Bridge, refugee and asylum seeker women are seen as potential agents for positive change

and key members in the process of social integration. Through reaching women (wives and/mothers) and empowering them, we believe that other family members shall be reached. However, the project tries to not only familiarize the newcomers with the values and culture of their host country, but also to educate the locals and expose them to the culture and traditions of the minority groups. It aims to develop a mutual understating and an intercultural dialogue which may eventually benefit the local community. The council of Europe defined integration as 'a two-sided process and as the capacity of people to live together with full respect for the dignity of each individual, the common good, pluralism and diversity, non-violence and solidarity, as well as their ability to participate in social, cultural, economic, and political life.

Why Cycling?

A cycling culture can apparently be seen in the environmentally friendly city of Freiburg. Bicycle is the second popular transportation mode in Freiburg. It is cost effective, available, and easy to be used. For women from ethnic minority groups, however, cycling might own a deeper meaning and provide better chances for removing their social isolation. Most refugees and asylum seekers are coming from countries where women do not traditionally ride bikes (or are restricted to do so) and most of the time they have not learned how to ride them. Bicycle is a tool that can empower women from minority groups and can provide the freedom of mobility. Through cycling, they can practice self-efficacy and develop physical ownership of their city. They can make a balance

SCHWERPUNKT: PARTIZIPIEREN - GEFLÜCHTETE FRAUEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

between the norms and values of their homelands and their host country. Many Muslim women, for example, hesitate to participate in sport mainly due to the fact that their religious requirements (sexual-segregation, veiling, and etc.) cannot be observed because of the structure of organized sport in Western Countries. Thus, they are more at risk of marginalization from the host society in comparison to minority men and children. Cycling can bridge norms and values of both societies- the initial and the host. Muslim women can remain faithful to their religious beliefs yet cycle, socialize, and build friendship with other refugees and locals within a group. Furthermore, like most physical activities, cycling can improve both physical health and mental well-being. Choosing an appropriate activity for maximizing the outcomes of the intervention programs should reflect cultural needs of both the target group and the community if they are to engage and sustain participation and achieve their goals. (United Nations GA. Sport for Peace and Development: Toward achieving the millennium)

The Pilot Phase

Before the deployment of the project idea in a large scale, we ran a pilot to see if the objectives of the project are

attainable and can be met in the larger scale.

The pilot was started in the beginning of May 2016. The focused location was the most populated camp in Freiburg. We had 12 female participants aged between 20-45 from Afghanistan, Iraq, Iran, Pakistan, Syria, and Eritria. Most of the participants were Muslim but we had also two Christians and two Yazidis.

We had 11 female trainers (ten of them German and one Syrian who used to be a sport teacher at school before she move to Germany.

In May and June we had one theory session and 12 practical trainings. Two practical sessions were carried out at Verkehrsübungplatz. In July, we had a cycling tour to the city along with a picnic as well as a repair workshop to teach women the basics of a bike repairing.

Evaluation

At the moment we are writing an evaluation report about the pilot phase of the project. We interviewed participants, trainers, and a psychologist who was working with a few women in our project.

Here I would like to draw your attention to the idea of a participant and the husband of another participant about the benefits of cycling.

• „ In my family, everybody knows how to cycle and I was the only one who wasn't able to cycle. Sometimes we made picnics all together and they used to cycle to the river and I had to follow them using the tram. Now I'm the first one who take the bike“

• „If women know how to cycle, it will be good not only for them but also for their families. My wife for an example, takes the kids to the kindergarten using the bike. Before, she used to use the tram. Bikes help us in many ways; first you can save money, second, it is a physical activity. Third, it's joyful to ride a bike. Using bike is so important in Germany, it is not like in our country“

Sustainability

Sustainability is critical in any project. To increase sustainability in our project, some strategies have been/ will be implemented. First, at the end of the project, each participant received a bike, a helmet and a locker. We wanted to make sure that the participants will not give up cycling due to not possessing their own bikes. We are planning to hire a few women who did the course with us as trainers in our next projects. So they will be employed and will earn money from the skill that they have learned in Germany. They will be role models for other female refugees and asylum seekers.

Female trainers and the former participants meet every sometimes in the city or at their houses and make sure to keep the connection alive.

Scientific Monitoring and evaluation of a project is so important to check if everything is going according to the plan and whether the project is directed toward its goals. So we are evaluating the pilot and we learn lessons for the next rounds of the project.



Kontakt Bike Bridge Project

<https://www.facebook.com/bikebridgefreiburg/>

bikebridgefreiburg@gmail.com

SCHWERPUNKT: PARTIZIPIEREN - GEFLÜCHTETE FRAUEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Gmünder Frauenflüchtlingsdialog – lernen auf dem Weg Elke Heer, Frauenbeauftragte der Stadt Schwäbisch Gmünd

Rose Ausländer – selbst jahrelang auf der Flucht und im Exil, schrieb zuversichtlich:

„Vergiss deine Grenzen, wandere aus,
das Niemandsland Unendlich nimmt
dich auf.“

(Ausländer, Rose, Gedichte, Frankfurt am Main
2001, S. 227)

Wie werden wir in Deutschland, in Schwäbisch Gmünd vom Niemandsland zum „Jemandland“, zum tatsächlich aufnehmenden Land? Wie begegnen wir dem Überlebenswillen und der Lebenskunst der geflüchteten Frauen? Da sind wir auf dem Weg und am Lernen!

Es gibt drei inhaltliche Bezugspunkte:

1. der Gmünder Weg,
2. Frauendialog – Flüchtlingsarbeit
3. über allem die parteiiche Arbeit für Frauen als Frauenbeauftragte.

Erstens: Der Gmünder Weg:

Es begann 2013 mit der Kofferträgeraktion am Gmünder Bahnhof. Flüchtlinge sollten Koffer über die Behelfsbrücke tragen – für € 1,05. Weil mehr nicht erlaubt war. Weil es Sommer war, bekamen sie Strohhütchen. Und weil das so postkolonial aussah, entwickelte sich ein regelrechter Shitstorm – und ein Riesen-Engagement für Flüchtlinge in Schwäbisch Gmünd: nämlich der Gmünder Weg.

Dabei arbeiten die Kolleginnen und Kollegen von Landkreis und Stadt Hand in Hand. Die Aufgaben des Landkreises dabei sind die Unterbringung, Betreuung, die finanzielle und gesundheitliche Versorgung der Flüchtlinge sowie die Ehrenamtsarbeit mit ihren diversen Projekten. Die Stadt Schwäbisch Gmünd setzt auf Willkommenskultur und auf eine sinnvolle und nachhaltige Integration von Flüchtlingen. Dafür wurde bei der Stadt das Pfiff, die Projektstelle für die Integration von Flüchtlingen eingerichtet und ein fünf-Stufen-Plan entwickelt:

Die einzelnen Stufen sind:

1. Ankommen – das Willkommensge-



spräch

2. Sprachförderung auf verschiedenen Niveaus
3. Teilhabe im Ehrenamt und Erprobung in Gemeinnützigkeit
4. Bildung, Ausbildung und Beschäftigung
5. Vermittlung von Wohnraum (v. a. bei der Anschlussunterbringung)

Alles recht und schön so weit, aber ist das auch geschlechtsspezifisch? Wo sind die Frauen?

Weibliche Flüchtlinge: Schon sprachlich wird es schwierig:

- Flüchtlingsfrau ist die Frau eines Flüchtlings (nach dem Muster Spielerfrau)
- Frauenflüchtling ist mindestens grammatisch, aber wahrscheinlich auch biologisch ein Mann, der vor Frauen flieht (nach dem Muster Bürgerkriegsflüchtling)
- Ich habe mich wie auch der Landesfrauenrat für geflüchtete Frau entschieden.

Wir haben uns mit zwei Projekten spezifisch um Frauen bemüht:

- Das Sonderkontingent des Landes Baden-Württemberg für besonders schutzbedürftige Frauen und Kinder aus dem Nordirak: es leben seit Mai 2015 54 jesidische Frauen und Kinder in Schwäbisch Gmünd. Wir betreuen und begleiten diese gemeinsam mit

dem Landkreis.

- Projekt „Frauen in Sicherheit“: Das Leben in den Großunterkünften ist für Frauen nicht nur eine Unannehmlichkeit, sondern eine erhebliche Gefährdung. Deshalb war es uns ein Anliegen für Frauen mit oder ohne Kinder Wohnraum in Schwäbisch Gmünd zur Verfügung zu stellen. So konnten wir 10 schwangere junge Frauen aus Nigeria in der vorläufigen Unterbringung dezentral bei uns aufnehmen und betreuen diese gemeinsam mit dem Landkreis seit Mai 2016.

Zweitens: Der Frauendialog – Flüchtlingsarbeit.

Es begann mit einer leichten Irritation: Ausgerechnet am 8. März 2016 sollte ein Flüchtlingsdialog in Schwäbisch Gmünd stattfinden. Nach zweimal Durchatmen erschloss sich der doppelte strategische Charme dieses Termins: Wenn ich mich da einlinke, können im Flüchtlingsdialog geschlechtergerechte Anforderungen an die Flüchtlingsarbeit gut verortet werden, und sie sind dann genau da, wo sie hingehören; nämlich in der Mitte des kommunalen Handelns. Es gab eine relativ große Veranstaltung: Flüchtlingsdialog am 8. März: ich konnte zur Begrüßung einer gemischten und hochkarätigen Runde allerhand frauenflüchtlingspolitisches sagen, das, was sonst nur eine interessierte Schar politischer Frauen hören möchte:

SCHWERPUNKT: PARTIZIPIEREN - GEFLÜCHTETE FRAUEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Nämlich dass,

- Frauen neben den „ganz normalen“ Fluchtursachen von spezifischen Menschenrechtsverletzungen betroffen sind: Steinigung, Witwenverbrennung, Vergewaltigung, Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution und viele weitere. Und natürlich Gewalt.

- Frauen auf der Flucht besonders schutzbedürftig sind. Sie sind in allen Phasen der Flucht einem besonderen Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt.

- Und dass die Frage nach dem Verhältnis der Geschlechter nicht vernachlässigt werden darf, schon gar nicht wenn es so konkret wird, wie in Flüchtlingsunterkünften. Auch wenn wir despektierlich als „Gleichberechtigungsindustrie“ bezeichnet werden oder zu hören bekommen: „Wir haben jetzt wirklich wichtigere Probleme“

E gab einen Thementisch Frauen, der sich großer Resonanz erfreute. Ergebnisse waren: die drei wichtigen K: Kontakte, Kooperation, Gleichberechtigung. Die Flüchtlingsbeauftragte der Stadt und des Landkreises und ich luden zum nächsten Treffen: Frauendialog - Flüchtlingsarbeit. Im Juni trafen sich ungefähr hundert Frauen aus Gmünd und Umgebung, um an verschiedenen Inhalten weiterzuarbeiten - es waren auch einige geflüchtete Frauen dabei.

In einer Gesprächsrunde sprachen wir über die Möglichkeiten gelingender interkultureller Öffnung, über die Relevanz von Vernetzungen und eine geflüchtete Frau aus Pakistan erzählte darüber, was ihr gefehlt hatte und noch heute fehlt in Deutschland: Kontakte und Begegnung und das war es auch, was uns Staatsrätin Gisela Erler mitgab auf unserem Weg: Begegnung wagen und schaffen

Eine nächste Begegnung findet im November statt. Diesmal kein eher verkopfter Dialog, sondern ein Fest: organisiert von Ehrenamtlichen, inspiriert von den Veranstaltungen. Dazwischen gibt es immer Begegnung zwischen hauptamtlichen, ehrenamtlichen, und geflüchteten Frauen. Wir haben bei der also ein Nähprojekt, das nicht nur, aber auch geflüchtete Frauen an-

spricht. Beim nächsten Neujahrs-empfang für Frauen, immerhin ein Event, das über 300 Frauen aus Schwäbisch Gmünd anlockt, wird eine Frau aus Syrien mit auf dem Podium stehen und über das Thema Freiheit und Toleranz sprechen: in aller Selbstverständlichkeit neben Gmünder Frauen. So gehen wir Schritt für Schritt.

Was haben wir nun dabei gelernt in den letzten Jahren?

- Wir - als Kolleginnen und Kollegen einer Stadt, die formell nicht zuständig ist: Dranbleiben trotz nicht-Zuständigkeit, weil wir uns für die geflüchteten Menschen in Schwäbisch Gmünd verantwortlich fühlen und weil wir ein Interesse haben, dass der soziale Frieden gewahrt bleibt; wir pflegen die gute Kooperation mit dem Landratsamt.

- Ich als Frauenbeauftragte in doppelter Nicht-Zuständigkeit: mich immer wieder einzubringen - das ist nach über 20 Jahren nicht neu

- Und es ist überaus hilfreich, wenn das Thema in seiner politischen und menschlichen Dimension beim Oberbürgermeister oberste Priorität hat

Wir - hauptamtliche, ehrenamtliche, geflüchtete lernen gemeinsam: Empathie, Traumaverständnis, Reden mit Händen und Füßen, Deutsch und Schwäbisch, Behördenschungel, Gesetzeslücken suchen, Klare Strukturen; Verbindlichkeiten

Wir lernen auszuhalten, dass die geflüchteten Frauen manchmal unpünktlich sind, uns nicht vertrauen, uns anlügen -, und dass ein Trauma die Menschen nicht freundlicher macht. Wir lernen, persönliche Begegnungen und Unterstützungen zu priorisieren. Wir lernen, geflüchtete Frauen mitzudenken. Wir lernen, uns berühren zu lassen, und trotzdem professionell zu arbeiten. Es steht und fällt mit uns als Kolleginnen.

Drittens: die frauenpolitische Dimension

Wir lernen auch, wie flüchtig die Freiheit und die Sicherheit sein können.

Denn bei allen Bemühungen: Es gibt

kein Land, das die Versprechungen der Gleichberechtigung und der Geschlechtergerechtigkeit einlösen konnte. Geflüchtete Frauen verkörpern das mögliche Schicksal aller Frauen und machen die Schwachstellen und Ungerechtigkeit der patriarchalen Gesellschaft sichtbar: weltweit und in Deutschland: z.B. Prostitution und Vergewaltigung sind auch in Deutschland an der Tagesordnung. Es gibt keinen verlässlichen Schutz, nur Opferhilfe.

Zurück zu den geflüchteten Frauen: Hannah Arendt beschrieb schon 1943 diesen Zustand voller Leerstellen: „Wir haben unsere Sprache verloren und mit ihr die Natürlichkeit unserer Reaktionen, die Einfachheit unserer Gebärden und den ungezwungenen Ausdruck unserer Gefühle.“

Dazu kommt nun noch die Unsicherheit über den Bleibestatus, die existenziellen Nöte und das Frau-sein mit all seinen Grenzen und Türen und Tücken.

Frauenfragen:

- Wie leben Frauen in Deutschland?
- Wo ist schöner Schein des Frauenlebens und wo ist echte weibliche Freiheit?
- Was bedeutet „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“ in der deutschen Realität?
- Wie ist das freie Zusammenleben von Frauen und Männern geregelt?
- Welche Möglichkeiten des gegliückten Lebens gibt es? Welche Risiken des Scheiterns?

Antworten auf diese Fragen sehen und hören die geflüchteten Frauen - und machen je nach ihren Fähigkeiten das Beste für sich daraus. Dabei sind individuelle Hilfe, menschliche Kontakte und Beteiligung wichtig - nicht nur aus einer Barmherzigkeit heraus, sondern aus politischer Notwendigkeit und frauenpolitischer Solidarität: Veränderung beginnt beim Individuum und der einzelnen Frau, ob sie nun geflüchtet ist oder schon immer hier gelebt hat, denn - das gilt für uns alle: das Private ist und bleibt politisch.

SCHWERPUNKT: PARTIZIPIEREN - GEFLÜCHTETE FRAUEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Berufliche Teilhabe / Erwerb von Qualifikationen: Sükriye Döker, Zauberfaden



Vielen Dank für Ihre Einladung zu ihrer Fachveranstaltung. Ich hoffe, einen Beitrag leisten zu können zum Thema geflüchtete Frauen und ihre zukünftige Teilhabe in der Gesellschaft.

Der Zauberfaden beschäftigt derzeit 13 Flüchtlinge, die Hälfte davon sind Frauen. Unsere Arbeitszeiten sind werktäglich von 9 Uhr bis 14 Uhr.

Vor mehr als zwei Jahren, als wir begonnen haben mit der Planung eines Nähprojektes für die Flüchtlinge, war die Situation in Schorndorf so, dass es ein

Übergangwohnheim gab in dem ca. 300 Flüchtlinge untergebracht waren. Heute leben über 800 Flüchtlinge und Asylsuchende in Schorndorf. Eine „Willkommenskultur“, wie sie sich in 2015 entwickelte, war noch kaum ausgeprägt. Die Menschen aus den Übergangwohnheimen hatten sehr wenige

und selten Kontakte nach außen und blieben weitgehend unter sich. Wir organisierten damals ein Fußballturnier, was ein voller Erfolg wurde, weil es eine Gelegenheit bot für die Teilnehmer, einmal heraus zu kommen aus der Anonymität und etwas Größeres gemeinsam zu unternehmen in der Öffentlichkeit, den Druck wegzunehmen für einen Tag, der auf ihnen lastete, wegen ihrer unsicheren Zukunft. Der zuständige Sozialarbeiter erklärte uns die Situation, wie wichtig es für die Menschen in der Unterkunft sei, sich in der Stadtgesellschaft sichtbar zu machen zu können und sich bewegen

Kontakt Zauberfaden - die Nähwerkstatt mit Flüchtlingen und Asylsuchenden

Zauberfaden gUG
Hohenstaufenstr. 9
73614 Schorndorf

als normale Bürger.

Diese Feststellung wurde zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen für die Schaffung eines Nähprojektes: die Menschen sollten heraustreten können aus der Isolation und aus ihrem minderen Sein. Unsere ersten schriftlich formulierten Gedanken lauteten: „Es soll eine Schneidereiwerkstatt aufgebaut werden, in der Frauen aus den Unterkünften, die als Flüchtlinge oder Asylsuchende in Schorndorf leben eine berufsspezifische und interkulturelle Qualifikation erhalten und Kleider herstellen.“

Wir hatten anfangs die berufliche Ausbildung und Qualifikation von Frauen im Blickpunkt, weil für diese Gruppe keinerlei Angebote vorhanden waren und sind und weil wir Arbeit als etwas zum Menschen gehörendes betrachteten.

Bis wir damals einen geeigneten Raum gefunden und das Gründungskapital beschafft hatten, verging ein halbes Jahr. Wir öffneten die Nähwerkstatt des Zauberfadens Ende Feb. 2015. Inzwischen waren viele neue Flüchtlinge nach Schorndorf gekommen aus den Bürgerkriegsgebieten in Syrien. Bei der Eröffnung der Nähwerkstatt

haben sich dann 16 Interessenten eingefunden, in der Mehrzahl Männer, zu unserer großen Überraschung, denn die Neuankömmlinge im Frühjahr waren zum großen Teil junge Männer. Der Start ist nicht besonders schwierig gewesen, wir hatten einen geeigneten Raum bekommen, genügend Schneider mit Erfahrung, die mitmachten und bekamen sofort neun Haushaltsmaschinen als Leihgabe. Aus der Bevölkerung erhielten wir viele Stoff- und Garnspenden und Zutaten. Außerdem gab es etliche Geldspenden. Und es meldeten sich auch zahlreiche Frauen als Ehrenamtliche, die beim Betrieb der Nähwerkstatt mithalfen, ihre Ideen einbrachten, und während der Arbeitszeiten präsent waren. Es schlug uns Wohlwollen gegenüber von vielen Seiten bis heute.

Seit diesem spontanen Anfangen hat sich einiges verändert. Wir erfanden einen Namen für unsere Nähwerkstatt und der Begriff „Zauberfaden“ weist auf etwas Zaubhaftes hin, das in unserem Projekt wirkt. Es dauerte über ein halbes Jahr, bis wir die ersten verkaufsfähigen Produkte präsentieren konnten.

Wir erzielten ersten Mal Einnahmen durch den Verkauf. Wir waren dann in der Lage die Aufwandsentschädigungen zu bezahlen mit dem erlösten Geld. Haben die Flüchtlinge bisher umsonst gearbeitet war mit der regelmäßigen Bezahlung ein weiterer Schritt gemacht. Vor allem für unsere Schneiderinnen ist die Tatsache, dass sie eigenes Geld verdienen und darüber

SCHWERPUNKT: PARTIZIPIEREN - GEFLÜCHTETE FRAUEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

verfügen, wohl eine neue Erfahrung gewesen und eine Freude stellte sich ein bis heute beim Zahltag.

Der Zauberfaden entwickelte sich weiter und wir mussten nach größeren Räumlichkeiten suchen um auch Industrienähmaschinen betreiben zu können.

Ende 2015 stand ein Umzug an in die Räume, die wir derzeit nutzen. Wir haben großzügige Flächen für die Fertigung, endlich ein kleines Büro und auch einen großen Aufenthaltsraum für den Sprachkurs und das gemeinsame Mittagessen jeden Tag und für Meetings mit den Ehrenamtlichen.

Kurz gesagt, der Zauberfaden ist ein soziales Projekt, in dem neben dem täglichen Betrieb, auch aufwendige und zeitintensive Betreuungsleistungen für alle SchneiderInnen geleistet wird, einschließlich deren Familien. Diese vielfältigen Aufgaben können nicht nur auf der Basis der Ehrenamtlichkeit bewältigt werden. Es wurde eine haupt- und nebenamtliche Stelle geschaffen um den Bedarfen eines wachsenden gemeinnützigen Unternehmens Rechnung zu tragen.

Der Zauberfaden hat einen sehr großen Unterstützerkreis in Form von Ehrenamtlichkeit. Es gibt Menschen, die direkt im Zauberfaden arbeiten mit den Flüchtlingen zusammen, in der Fertigung, beim Sprach- und Nähkurs. Wir haben Paten, welche die Asylsuchenden außerhalb der Arbeit zusätzlich betreuen. Wir bekommen Unterstützung im Vertrieb, im Fundraising, in der Unternehmensentwicklung, der IT und im Marketing. Wir bekommen Unterstützung von Ärzten und von Ämtern um unbürokratische und schnelle Hilfen und Lösungen für unsere Schneiderinnen zu erreichen. Der Anteil der ehrenamtlich tätigen Frauen ist hoch, vor allem im Bereich der Fertigung. Auch ortsansässige Firmen unterstützen uns auf vielfältige Weise. Hinzuweisen ist besonders auf die Kooperation mit dem bekannten Modellabel RIANI, das uns unterstützt auf verschiedenen Gebieten, zB. erhalten wir wichtiges know how in Fragen der Stoffe und Design.

Der Zauberfaden nimmt Asylsuchende und Flüchtlinge unabhängig von Ihrem asylrechtlichen Status oder Bleibeper-

spektive auf. Eine Liebe zum Schneiden und Nähen sollte vorhanden sein, bevorzugt werden allerdings Menschen, die Übung haben mit Industrienähmaschinen.

Unserem Selbstverständnis nach haben wir das Ziel, unsere SchneiderInnen auf den Weg zu bringen, mündige Bürger dieser Gesellschaft zu werden. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass sich den Asylsuchenden nicht eine sogenannte Aufnahmegesellschaft gegenüberstellt, sondern dass sie aufgrund ihres Hierseins schon als BürgerInnen begriffen werden müssen. Der Zauberfaden ist für alle Beteiligten wie eine Familie, die SchneiderInnen sind in einer Gemeinschaft integriert durch das tägliche intensive Zusammensein. Wir erschaffen nicht nur verkaufsfähige Produkte, sondern ein Unternehmen und auch eine soziale Realität.

Und diese soziale Realität wirkt hinein in die Stadtgesellschaft. Der Zauberfaden hat einen regionalen Bekanntheitsgrad und wird als Beispiel für gelingende Integrationsarbeit wahrgenommen. Dies alles leisten die Asylsuchenden selber mit uns Unterstützern zusammen. Und sie sind ein zwar nicht großer, aber doch ein Teil des Gemeinwesens Schorndorf, und damit ist der Keim einer Bürgerschaftlichkeit entstanden. Mit Recht kann von einer sichtbaren Teilhabe gesprochen werden, weil selbstbestimmtes, absichtliches und selbstbewusstes Handeln aller Teilnehmer gegeben ist. Denn ohne SchneiderInnen würde es keinen Zauberfaden geben.

Die SchneiderInnen des Zauberfadens verfügen meist nur über geringe formale Schul- und Allgemeinbildung. Und die Deutschkenntnisse sind gering bei ihrem Eintritt bei uns. Der Zauberfaden kann allerdings bisher keine systematische Aus- und Weiterbildung anbieten aufgrund der fehlenden Ressourcen. Die Verbesserung der Fertigkeiten am Schneidetisch oder an der Nähmaschine erfolgt durch gründliche Anleitung und durch Ausprobieren bis es klappt. Die Kommunikation in der Werkstatt verläuft in deutscher Sprache. Der Zauberfaden hilft bei der Lösung von vielen Alltagspro-

blemen im Bereich Gesundheit, der Kindererziehung (Kita, Schule) und Asylangelegenheiten. Doch fehlt es den meisten asylsuchenden Frauen, die nicht in Projekte eingebunden sind, an weiterer Hilfe und Unterstützung durch Patenschaften. Diese Frauen stehen dann in vielen Angelegenheiten alleine auf sich gestellt da. Es ist sehr schwer den Haushalt zu erledigen und den Kindern ihr Recht zukommen zu lassen in den sehr prekären Wohnverhältnissen, die den Asylsuchenden nur als schlechtes Provisorium zugewiesen ist. Es hat sich nach unserer Erfahrung gezeigt, dass bei Vorhandensein einer zusätzlichen Betreuung und Patenschaft, die Asylsuchenden leichter eine Ausbildung, eine Arbeit finden und eine bessere Wohnung oder ein Zimmer für sich. Für unsere Stadt Schorndorf kann man feststellen, dass es viele Asylsuchende gibt, es ist die überwiegende Mehrheit, die isoliert leben, vereinsamt oft, am Rande dieser umtriebigen Gesellschaft und um die sich niemand kümmert, außer der staatlichen Hilfe und Verwaltung und einfach nur Warten. Sei es, dass keine Sprach- oder Integrationskurse vorgehalten werden für viele Asylsuchende, sei es, dass eine eingeschränkte Heilfürsorge besteht nach dem AsylbLG, sei es dass, aufgrund des Fehlens von Dolmetschern dem Arztgespräch nicht gefolgt werden kann, oder sei es, dass das Elterngespräch in Kita und Schule nicht geführt werden kann. Diese aufgeführten Punkte erschweren grundlegend eine Teilhabe vieler asylsuchender Frauen in der Zivilgesellschaft.

Damit diese angeführten Integrationshemmnisse gemindert oder beseitigt werden, unterstützt der Zauberfaden die Schneiderinnen durch Begleitung und durch Beistellung von Übersetzerinnen. Oder wir geben Hilfestellung, damit die Frauen ihr Leben weitestgehend selbst bewerkstelligen können, in einer komplexen Realität, wenn eine ausreichende sprachliche Kompetenz gegeben ist. Und in diesem Bereich können wir Erfolge verbuchen, indem unsere Schneiderinnen selbständiger werden und selbstbewusster in der Erledigung bestimmter Erfordernisse auf immer weiteren Feldern, die für ein

SCHWERPUNKT: PARTIZIPIEREN - GEFLÜCHTETE FRAUEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

unabhängiges Leben notwendig sind. Die Flucht nach Deutschland ist vor allem für Frauen mit einem plötzlichen Wechsel verbunden in einen anderen Kulturkreis, in eine andere Wirtschaftswelt, in einen Wohlfahrtsstaat, und in ein Land, in dem viele Angelegenheiten staatlich oder versicherungsrechtlich geregelt werden. Das Erlernen der deutschen Sprache wird als ein Schlüssel für eine gelingende Integration angesehen, was auch richtig ist. Wir sehen in unserer Praxis, dass sich diese Anforderung oft als zu abstrakt erweist. Denn das Lernen einer Sprache erfolgt nicht beiläufig in der täglichen Praxis, wie dies bei Kindern der Fall ist. Unserer Schneiderinnen kommen aus Kulturkreisen, in denen Frauen meist wenig wertgeschätzt sind, kaum Schulbildung mitbringen und auch wenig Erfahrungen haben mit einer gesellschaftlichen Teilhabe als Bürgerinnen in ihren Heimatländern. Die Aneignung einer neuen Sprache erfordert eine andere Einstellung zum Selbst, man muss aktiv sein und der Spracherwerb hat systematisch zu erfolgen bei Erwachsenen, das Lernen sollte außerdem didaktisch organisiert sein in Schule oder in Kursen. Der Spracherwerb muss darüber hinaus gleichzeitig mit einem Kulturerwerb einhergehen. Wenn Frauen in den überbelegten Übergangsheimen leben, für die Führung der Familie und der Kindererziehung aufkommen müssen, wenn dann die ständige Unsicherheit hinzukommt der Abschiebung, und die Kommunikation mit der Außenwelt sprachlich nicht bewältigt werden kann, dann liegt eine schnelle Rückzugsbewegung in die häusliche Gefangenschaft nahe. Ohne externe Unterstützung ist es sehr schwer, herauszukommen aus diesem Teufelskreis.

Für die Männer scheint es eher notwendig, sich aktiv und möglichst schnell anzupassen in die neue Ge-

sellschaft, wenn sie in Arbeit kommen wollen. Für viele asylsuchende Frauen ist das „in Arbeit kommen“ ein Wunsch zwar, aber schnell wird begriffen, dass es sich um eine Illusion handelt. Der Zaubersfaden bietet für einen kleinen Kreis von Frauen die Unterstützung an, sich mit der Kultur hier vertraut zu machen, sich einzuleben in eine neue Art von Gemeinschaft. In der Zaubersfadensfamilie erarbeiten sich Männer und Frauen gemeinsam ein Projekt und wo durch fachliches Lernen und Eingewöhnen in die Arbeitswelt, Türen geöffnet werden können. In diesem Kontext ist der Spracherwerb eingebettet. Die deutsche Sprache erlernen gibt dann einen anderen Sinn, denn einmal ermöglicht er den besseren Einstieg in die Arbeit. Andererseits entsteht weitere Motivation zum Lernen dadurch, weil sich die Bleibeproggnose durch die eigene Integrationsanstrengung erhöht. Wenn dagegen nur Ängste und Ungewissheit vor dem Interview herrschen oder gar einer Abschiebung im Raume steht, wenn die Hoffnung versiegt, sich hier in Deutschland eine neue Existenz aufbauen zu können, jenseits von Krieg, Gewalt und Unterdrückung, dann verschwindet auch der Sinn für das Lernen der deutschen Sprache und Kultur. Und eine zwangsweise Zurückführung ist der Alptraum aller Asylsuchender und lähmt alle nur. Die Erfahrungen der Abkapselung von Kultur und Gesellschaft haben auch viele Frauen der ersten Migrantengeneration machen müssen. Sie blieben auf Dauer zuhause gefangen, entwickeln ihre Sprachkompetenzen nicht gut genug, nehmen an der Gesellschaft nicht aktiv teil, haben wenig Möglichkeiten und Orte herrschende Kultur sich anzueignen. Die Diskrepanz zwischen dem, was von der Einzelnen gefordert wird heute, um in dieser modernen Gesellschaft mithalten zu können, und dem was

diese kulturell abgehängten Frauen an Möglichkeiten haben, vergrößert sich und wird ab einem bestimmten Punkt nicht mehr überbrückbar.

Deshalb finden wir es wichtig, dass allen asylsuchenden Frauen baldmöglichst Sprach- und Integrationskurse angeboten werden. Und nicht nur einem bestimmten Kreis derjenigen mit sogenannten guten Bleibeperspektiven. Flankierend dazu ist es notwendig, dass für die Kinder Betreuungsplätze in den Kitas bereitgestellt werden, damit die Bildungs- und Integrationsangebote auch zeitlich wahrgenommen werden können.

Selbst wenn für einen Teil der Asylsuchenden hier kein Platz sein sollte und sie gehen müssen, selbst dann ist das Lernen und Aneignen von Kulturtechniken wichtig, denn jede Zeit in der Lebensbiografie sollte effektiv genutzt werden.

Zumindest kann man anderswo besser beginnen. Weil durch die Globalisierung jede Gesellschaft auf dieser Welt einem starken Wandel unterworfen ist, wird von den Menschen überall Anpassungsfähigkeit verlangt und die will erst gelernt sein.

Die Schneiderinnen des Zaubersfadens erbringen hohe Leistungen bei ihrer Integration, der Anpassung an unsere komplexe Welt und betreiben ihre Teilhabe in der Gesellschaft ein Stück weit selber. Wir wünschen uns, dass der Zaubersfaden noch bessere Arbeitsbedingungen bieten kann den SchneiderInnen. Nämlich einen sicheren, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Dass von dem eigenen verdienten Geld das Leben finanziell getragen werden kann, ohne stättliche Stütze und wo die Kinder in wirtschaftlich geordneten Verhältnissen ihre Kindheit und Jugend verbringen können. Soweit sind wir noch nicht, aber alle sind bestrebt, dem Zaubersfaden eine solche gedeihliche Zukunft zu geben.



SCHWERPUNKT: PARTIZIPIEREN - GEFLÜCHTETE FRAUEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Präsenz in Medien, Öffentlichkeit und Kultur, Anna Koktsidou, SWR Integrationsbeauftragte

I. Wie wird über Flüchtlinge berichtet
Das Thema Flucht und Asyl war und ist eines der wichtigsten Themen in der Berichterstattung 2015 und 2016. Die Hamburg Media School führt zur Zeit eine Untersuchung dazu durch, gefördert von der Otto Brenner Stiftung der IG Metall. Das Ergebnis soll demnächst erscheinen. Aus einem Zwischenergebnis heißt es: Manche Medien hätten zwischen Juli und September 2015 bis zu sieben Beiträge am Tag veröffentlicht. (1)

Auch Friederike Herrmann, Professorin am Studiengang Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt hat diesbezüglich Medien untersucht. Herrmanns Schwerpunkt lag auf den Herbst 2015. In ihrem Beitrag „Das Märchen vom überkochenden Brei“ schreibt sie:
„Die schiere Flut der Nachrichtenbeiträge im Herbst 2015 lässt ein Gefühl der Überforderung berechtigt erscheinen, auch wenn es den Alltag der Bürger_innen nicht spiegelte. Performativ betrachtet, transportiert der Nachrichtenstrom der Medien in diesen Wochen eine Überwältigung durch das Thema. Ich fühlte mich erinnert an das Märchen vom überkochenden Brei oder an Goethes Ballade vom Zauberlehrling: Die Flut droht alles unter sich zu begraben, weil der Zauberlehrling Geister rief, die er nicht beherrschen kann. Es ist, als ob der endlose Strom der Berichterstattung als Metapher für den endlosen Flüchtlingstreck erscheint.“ (2)

Aydan Özoguz, die Integrationsbeauftragte des Bundes wiederum, lobte die differenzierte Berichterstattung in den Medien. (3)

Doch worüber haben die Medien berichtet?

Petra Hemmelmann und Susanne Wegner von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt haben Print-, TV- und Online-Medien im gesamten Jahr 2015 ausgewertet (die Daten basieren auf zwei Seminaren mit Studierenden). Sie sehen in der Berichterstattung verschiedene Wellen:

Welle 1: Stereotype

„Bis April 2015 bleibt die Darstellung



von Flüchtlingen meist in Stereotypen gefangen. Es gibt nur wenige Versuche, neue Erzählperspektiven einzunehmen.“

Welle 2: Die Empathie wächst
„Bis Juni 2015 ist eine routinierte Berichterstattung festzustellen. Medien informieren vielfältig über die Wanderungen – jedoch mit Schlagseite. Es sind vor allem humanitäre Themen, die geschildert werden und die Empathie mit den angekommenen Migrant_innen ausdrücken sollen.“

Welle 3: Journalisten als Anwälte der Flüchtlinge

„Im Herbst 2015 berichten Medien zwar positiv, doch steigern sie sich in einen Überbietungswettbewerb um Empathie und Willkommenseuphorie hinein.“

Welle 4: Umschwung ins andere Extrem

„Nicht mehr die jubelnde Menge steht im Fokus der Berichterstattung, sondern Krawalle und Brände in deutschen Flüchtlingsheimen sowie der Schlagabtausch von Politiker_innen zum Für und Wider der Ende September eingerichteten Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Österreich. Fast täglich ist von „Flüchtlingskriminalität“ die Rede.“

Das Ergebnis der beiden Wissenschaftlerinnen:

„Bei der Mehrheit der Bevölkerung überwiegt der Eindruck einer einseitigen Berichterstattung, bei der Risiken

und Entwicklungen zu kurz kommen.“

Welle 5: Besserung in Sicht?

„Zunächst scheint es so, als seien das Schwarz-Weiss-Denken und die strenge Dichotomie in Gut und Böse aufgebrochen, als wurde differenzierter und umsichtiger berichtet.“

Allerdings ändert sich dies: „Altbekannte Denkmuster und Stereotype werden in einer noch strengeren Weise präsentiert.“ (4)

Für mich stellt sich die Frage, ob und wie sich meine Arbeit verändert hat. Seit über zwanzig Jahren beschäftige ich mich als Journalistin mit Migration und Flucht. In den letzten Jahren stehen Flucht und Asyl viel mehr im Vordergrund als die Jahre davor. Dagegen ist beispielsweise das Thema „Zuwanderung aus Südeuropa“ oder Fragen der Integration der bereits seit Längerem hier lebenden Migranten in den Hintergrund geraten.

Diese Entwicklung betrifft auch andere Redaktionen, ob Print- oder elektronische Medien. Es fällt aber auch auf, dass die Berichterstattung in ihrer Breite weitaus differenziert ist als früher. Mein, zugegeben subjektiver, Eindruck ist: Journalistinnen und Journalisten haben in den letzten zwei Jahren tatsächlich versucht, die verschiedenen Facetten aufzuzeigen, haben tatsächlich immer wieder versucht, nicht nur das Negative in den Vordergrund zu stellen: z.B. indem am Beispiel von Schicksalen gezeigt wurde, was es heißt, zu fliehen; viele Berichte drehten sich um die Ehrenamtlichen, viele um die Kommunen,

SCHWERPUNKT: PARTIZIPIEREN - GEFLÜCHTETE FRAUEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

und wie sie versuchen, Unterkünfte zu organisieren. Trotzdem blieb das Negative nicht außen vor. Sehr viel Raum haben allerdings Berichte über die Berichte der Aussagen aus der Politik bekommen (Stichworte u.a. hier: Streit Seehofer-Merkel, AfD, Pegida, Köln). Das aber gehört zu Nachrichtensendungen dazu.

Angebote für Flüchtlinge:

Im Herbst 2015, als die Zahl der Flüchtlinge immer stärker anstieg, entstanden viele Medien-Angebote für Flüchtlinge. Es gibt sowohl Angebote von den öffentlich-rechtlichen als von den privaten Medien. Dabei arbeiten fast alle immer wieder mit Journalistinnen und Journalisten zusammen, deren Herkunft aus den Hauptländern der Geflüchteten ist. Der SWR hat beispielsweise das multimediale Angebot „News for refugees“: dort werden Nachrichten und Filme auch auf arabisch und farsi präsentiert. Das Themenspektrum ist vor allem auf Deutschland konzentriert und bietet eine Art Orientierung zum Leben hier. Ein Punkt, der in den Medien kaum thematisiert wird: Migration/Flucht verändern nicht nur die Ankommenden, es verändert auch die Aufnehmenden. Die Gesellschaft verändert sich!

II: Wo sind die Frauen?

Fragt man nach den Stichworten in der Berichterstattung, dann erscheinen bestimmte Begriffe sehr häufig. Hier eine kleine Auswahl: Flüchtlingskrise, Lawine, Arbeit, Sprachkurs, Wohnung, Integration, Flucht, Hoffnungen, Wünsche, Balkanroute, Arbeit, Kinder. Bei Frauen kommen noch u.a. folgende Begriffe dazu: Burka, Opfer von Gewalt.

Flüchtlinge insgesamt vor allem in den Nachrichtensendungen: dort eher als eine Masse, ein Treck, kaum als ein Individuum – das gilt auch für Frauen. Einzelschicksale sind eher in den Hintergrundsendungen/-seiten zu finden.

Wenn wir davon ausgehen, dass unter den Geflüchteten nach Deutschland zwei Drittel Männer und ein Drittel Frauen sind, ergibt sich für die Berichterstattung :wenn Flüchtlinge interviewt werden, kommen Männer

als Gesprächspartner häufiger vor als Frauen. In vielen Fällen muss man Frauen explizit suchen, und auffordern, Interviews zu geben. Es gibt aber auch immer wieder Situationen, in denen aufgrund der Sprachkenntnisse es die Frauen und Mädchen sind, die im Namen der Familien sprechen. Frauen stehen vor allem aber dann im Mittelpunkt, wenn es um die Problematiken in Bezug auf frauenspezifische Fluchtursachen geht, wie IS-Terror und jesidische Frauen oder Gefahren für Frauen auf der Flucht und im Wohnheim. Im Rahmen der Burka-Diskussion hatten wir auch gelegentliche Selbstversuche von Journalistinnen, die in Burka unterwegs waren oder im Burkini schwimmen gingen. Sehr viel berichten wir auch über die Unterdrückung der muslimischen Frau, nicht immer aber, kommt diese selbst zu Wort.

Nach den Vorfällen von Köln gab es neben der wichtigen Berichterstattung über die Vorkommnisse auch einen Schwenk in Richtung „fremder Mann als Gefahr für die deutschen Frauen“ und in der Folge auch inwieweit der „fremde Mann“ auch eine Gefahr für geflüchtete Frauen“ ist. Das Thema Gewalt im Flüchtlingsheim stand im letzten halben Jahr stärker im Fokus als früher; die Unterbringung für Frauen wurde davor nicht so stark thematisiert.

III. Was fehlt in der Berichterstattung/ Kultur in Bezug auf geflüchtete Frauen:

Nach wie vor fehlt eine stärkere Sicht auf die Frauen und ihre Situation in all ihren Facetten. Es fehlen positive Beispiele von geflüchteten Frauen, in denen die syrische Ärztin genauso thematisiert wird wie die syrische Analphabetin. Auch ist es wichtig, Frauen aus anderen Herkunftsländern

als Syrien vorzustellen.

Problematische Punkte wie häusliche Gewalt dürfen nicht ausgespart werden. Aber auch die Schwierigkeiten, ein Studium fortzusetzen oder die Anerkennung einer Ausbildung zu bekommen sind Themen, genauso wie die persönliche Situation, die Einsamkeit, die Angst .

Die Herausforderung für Journalistinnen und Journalisten ist, nicht zu verallgemeinern, keine Ressentiments zu schüren, nicht von oben herab zu berichten.

Menschen, die fliehen, sind ungeheuer verletzlich aber auch ungeheuer stark: wie gelingt es uns, auch die Stärke der Frauen hervorzuheben?

Wichtig ist dabei, auch stärker Journalistinnen mit ähnlichem Background einzusetzen.

Das Gleiche gilt auch für den Kulturbereich, der sicherlich andere Mittel als der Journalismus hat. Doch Ziel muss für alle sein: die Frauen sichtbar machen!

Denn es geht um Partizipation. Letztendlich gilt für uns alle, ob aus dem Journalismus oder der Kultur oder aus ganz anderen Bereichen:

- es erfordert Beharrungsvermögen, Frauen ins Boot zu holen
- es erfordert einen Perspektivwechsel und eine Begegnung auf Augenhöhe
- es erfordert: auf die Bedürfnisse der Frauen einzugehen
- es erfordert: Frauen nicht als Nebendarstellerinnen, sondern auch als Protagonistinnen einzusetzen
- es erfordert, geflüchteten Künstlerinnen und Journalistinnen Raum zu geben
- es erfordert immer wieder eine Diskussion über die Frage zu führen, wie wir uns das Zusammenleben vorstellen?



Friedenspreis „Sievershäuser Ermutigung“ für AMICA e.V. (Freiburg)

Der mit 5.000 Euro dotierte Friedenspreis, der seit 1988 alle zwei Jahre von der Dokumentationsstätte zu Kriegsgeschehen und über Friedensarbeit Sievershausen (Antikriegshaus) und der Stiftung Frieden ist ein Menschenrecht vergeben wird, geht in diesem Jahr an die Organisation AMICA e.V. aus Freiburg. Geehrt wird ein engagiertes Eintreten für Frauen und Mädchen, die in Kriegs- und Konfliktgebieten unter Traumata leiden und darin unterstützt werden, diese zu verarbeiten und wieder ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

In einer Zeit, in der so viel von Flüchtlingen und Fluchtursachen, aber so wenig vom Leid der betroffenen Menschen die Rede ist und in der (in der Politik) Abwehr und Abschottung mehr zählt als Humanität und konsequente Hilfe, ist es umso dringender notwendig, Menschen und Organisationen zu stärken, die sich der betroffenen Menschen annehmen, Alternativen anbieten und mit Leben füllen.

Eine siebenköpfige Jury, in der neben drei VertreterInnen des Antikriegshauses auch der ehemalige Auslandsbischof der EKD Martin Schindehütte und Traumaarbeiter aus der Zivilgesellschaft saßen, hat in den letzten Wochen über beeindruckende Bewerbungen zu entscheiden gehabt und sich nach langer Diskussion für die Freiburger Hilfsorganisation AMICA e.V. ausgesprochen.

AMICA begann ihre Arbeit 1993 in Bosnien-Herzegowina mit der Unterstützung der therapeutischen und medizinischen Hilfe für Opfer sexualisierter Gewalt und der Organisation von „Ferien vom Krieg“ für Kinder. Heute ist AMICA in Bosnien, Kosovo, Libanon und Libyen aktiv. Zu den Kernaufgaben gehören die psychosoziale Arbeit mit Traumatisierten, medizinische Versorgung, Rechtsberatung, Maßnahmen zur Existenzsicherung sowie Projekte zu Chancengleich-



Heide Serra von AMICA e.V. bei unserem Fachtag am 22. Apr 2016

heit, Frieden und Versöhnung. AMICA befähigt dabei Frauenorganisationen in den Arbeitsregionen, nachhaltige Strukturen zur Unterstützung von Frauen aufzubauen, die Opfer von Gewalt wurden.

Darüber hinaus will die Jury mit der Preisvergabe an AMICA darauf hinweisen, dass Frauen und Kinder am schwersten unter (meist männlicher) Gewalt in Kriegs- und Krisengebieten zu leiden haben und dass Frauen andererseits diejenigen sind, die in einer Gesellschaft oder Gemeinschaft sehr viel für den Frieden und einen friedlichen Alltag leisten. Frauen in dieser Situation dadurch zu helfen, dass sie

durch ein stabilisierendes Umfeld neue Stärke und Selbstbewusstsein gewinnen, ist eine enorm wichtige, friedensbildende Aufgabe, der sich AMICA mit viel Leidenschaft verschrieben hat. „Dies wollen wir mit dem Preis anerkennen und ermutigen“, so Berndt Waltje vom Vorstand des Antikriegshauses.

Die Ehrung selbst wird am Sonntagabend, dem 10. Dezember 2016 – am Tag der Menschenrechte – im Antikriegshaus Sievershausen begangen.

AMICA e.V. – Hilfe für Frauen in Krisenregionen

Die Hilfsorganisation AMICA e.V. wurde 1993 während des Bosnienkrieges gegründet. Sie setzt sich für Frauen und Mädchen ein, die unter den Folgen von Kriegsgewalt in ihren Heimatländern leiden.

Vor Ort baut AMICA e.V. Frauenzentren auf, in denen Fachkräfte psychosoziale Beratung, therapeutische Begleitung und Maßnahmen zur Existenzsicherung anbieten. Durch den Aufbau lokaler Fraueninitiativen stärkt AMICA e.V. die Zivilgesellschaft in den Regionen und vernetzt die Partnerinnen untereinander. Die Stärkung der Rechte von Frauen in Krisenregionen und die Verminderung von Gewalt sind wichtige Bausteine für einen stabilen Frieden. Wichtigste Grundlage dieser Arbeit ist die UN-Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Sicherheit und Frieden aus dem Jahr 2000.

AMICA e.V. ist im arabischen Raum, auf dem Balkan und im Nordkaukasus tätig. Für das langjährige Engagement in Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo erhielt AMICA e.V. den Deutschen UNIFEM-Preis 2010.

Kontakt: AMICA e.V., Habsburgerstraße 9, 79104 Freiburg

Tel. 0761/55 60 251, E-Mail: office@amica-ev.org

www.amica-ev.org Follow @AMICAeV

Spendenkonto: Volksbank Freiburg IBAN DE15 6809 0000 0002 1001 00
BIC GENODE61FR1

ABSCHIED LUISA BOOS, ÖFFENTLICHKEITSBEAUFTRAGTE DES LFR



Liebe Wegbegleiterinnen,
Liebe Frauen,
auf dem letzten Delegiertentag wurde ich aus dem Vorstand des Landesfrauenrats verabschiedet. Der Grund hierfür war meine Wahl zur Generalsekretärin der SPD Baden-Württemberg. Eine große und spannende Aufgabe, in die ich gemeinsam mit unserer neuen Landesvorsitzenden Leni Breymaier gut gestartet bin! Wir sind es als aktive Frauen ja gewohnt immer unterschiedliche Hüte aufzuziehen, aber wir waren uns im Vorstand des Landesfrauenrats einig, dass sich die beiden Rollen – Generalsekretärin einer Partei und Öffentlichkeitsbeauftragte des Landesfrauenrats – nicht vereinbaren lassen. Es ist eine alte Weisheit: Wer neue Wege beschreitet, muss meistens auch etwas lieb gewonnenen zurück lassen. Beim Abschied aus dem Landesfrauenrat blutete mir aber tatsächlich das Herz. Ich habe mit Ihnen allen spannende und wertvolle Jahre verbringen dürfen. Mit den Frauen aus dem Landesvorstand und mit den Mitgliedsverbänden. Dafür möchte ich mich ganz einfach bedanken.

Ich bin dankbar, dass ich Sie alle knapp zwei Jahre lang vertreten und die Arbeit des Landesfrauenrats im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit prägen durfte. Die Zeit im Landtagswahlkampf und mit unserer Transparenzkampagne war zwar anstrengend, aber auch einfach Mut machend. Wir haben

gezeigt: Gemeinsam können wir was bewegen und werden wahrgenommen. Nun gilt so schnell wie möglich bei der Änderung des Landtagswahlrechts weiter Druck zu machen. Sie können sich da auf mich in meiner neuen Aufgabe ebenso verlassen, wie zuvor. Gemeinsam muss es uns doch gelingen, da endlich weiter zu kommen! Ich habe mich jetzt in einer Zeit aus dem Landesfrauenrat verabschieden müssen, als sieben Monate zuvor die AfD mit 15,1% in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt, die Brit*innen den Weg des Brexit beschritten haben und Donald Trump zum nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt wurde. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus und offen nach Außen getragene Frauenfeindlichkeit – bis hin zur Verharmlosung von Rape Culture und Gewalt – sind wieder hoffähig geworden. Eine Entwicklung, die uns

allen sicherlich große Sorgen bereitet. In den letzten Monaten haben wir mehrmals sehr eindrücklich erlebt, wie schnell das – was mal (von Frauen) erkämpft wurde – bedroht und negiert werden kann. Unpolitisch sein, können wir Frauen uns nicht mehr leisten. Das ist die zentrale Botschaft an alle Frauen im Jahr 2016. Und es ist die Zeit der Frauennetzwerke. Wir müssen alle zusammen noch lauter werden und noch enger zusammen arbeiten. Bitte nehmen Sie mich da auch in die Pflicht. Wer in Verantwortung steht, darf sich nicht wegducken, wenn es mal unangenehm wird. Frauensolidarität zeigt sich nämlich erst dann, wenn es schwierig wird.

Der Landesfrauenrat bedeutet für mich im besten Sinne genau das. Ganz unterschiedliche Frauen arbeiten in einer Atmosphäre des gegenseitigen Respekts und Wertschätzung zusammen. Definieren gemeinsame Ziele. Vernetzen sich und werden gemeinsam laut und unübersehbar – und unüberhörbar. Ich bin mir sehr sicher, dass der Landesfrauenrat genau dies bleiben wird und in Zukunft noch mehr an politischem Gewicht gewinnen wird. Die Voraussetzungen stimmen einfach – angefangen mit der grandiosen Vorsitzenden Manuela Rukavina, einem lebendigen und vielfältigen Vorstand und tollen Mitgliedsverbänden. Ich wünsche Ihnen allen miteinander weiter viel Erfolg, noch mehr Spaß und viel Dynamik.

Ich freue mich Sie alle kennengelernt zu haben und auf viele weitere Begegnungen. Vielen Dank für alles und bis bald!



AUSZÜGE AUS DEM REDEMANUSKRIPT VON MANUELA RUKAVINA,



Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg gehörte zu dem Bündnis, das die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg aufgerufen hat, sich an der Großdemonstration in Stuttgart am 17. September 2016 zu beteiligen! 40 000 Menschen aus dem ganz Baden-Württemberg folgten dem Aufruf. In den sechs weiteren Städten in Deutschland waren nach Schätzung der Veranstaltenden zeitgleich weitere 280 000 auf den Straßen.

14 RednerInnen sprachen in Stuttgart, für den LFR dabei: Manuela Rukavina.



Manuela Rukavina bei der Abschlusskundgebung

Liebe Mitstreiter und Mitstreiterinnen, ich bin emotional und ich habe Werte. [...]

Diese gemeinschaftlichen Werte interessieren aber die Verhandlungsführer nicht wenn es um TTIP, CETA und TISA geht. Das generiert Empörung, Enttäuschung, Wut und auch manchmal Fassungslosigkeit. Deshalb stehen wir heute alle hier.

Diese Emotionen kochten bei mir schön hoch als ich folgendes gehört habe:

„Skeptiker hat es schon immer gegeben. Aber unternehmerische Denke ist, meine ich, wichtiger als die Parolen von Skeptikern. Im Endeffekt, wie gesagt, bringt es der Deutschen Wirtschaft nur Vorteile.“ Das sagte der Vertreter der Deutschen Wirtschaft in Washington Peter Esser im SWR zu TTIP. Das Zitat ist zwar aus 2013- das tut aber meiner emotionalen Empörung keinen Abbruch.

Ich finde diese drei Sätze entlarven hier ganz viel. Sie zeigen mit welcher Arroganz Menschen mit einem negativen Stempel versehen werden, wenn sie demokratische Prozesse und Transparenz einfordern. Sie werden als lästig und plump abgetan. Was müssen wir uns immer anhören, dass wir gegen Handel wären, dass wir es einfach nur nicht blicken würden oder dass wir Fortschrittsgegner seien. Die Skeptiker und ihre Parolen eben.

Aber schauen wir uns doch hier mal um: hier stehen tausende von Menschen, alle aus unterschiedlichen Bereichen. Wir haben hier Rednerinnen und Redner aus Umweltschutz, Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaft, politischen Interessensvertretungen und vielem mehr.

Warum? Ganz einfach: weil TTIP,

CETA und TISA uns alle angeht und uns alle betrifft und wir: die wir hier stehen sind keine Berufsskeptiker mit Parolen nein, wir sind lebensbejahende, argumentierende Demokratinnen und Demokraten mit Werten, die uns wichtig sind. Und als Menschen mit demokratischem Anspruch sagen wir klar und deutlich: Stoppt TTIP und CETA! [...]

Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg spiegelt mit seinen 52 Verbänden auch diese Vielfalt wieder und deshalb haben wir uns eindeutig positioniert: Nein, wir sind nicht gegen Handelsabkommen. Aber: wir sind gegen Handelsabkommen, die schon in deren Verhandlungsphase demokratische Rechte mit Füßen treten! [...]

Wir erwarten bei völkerrechtlich bindenden Verträgen Transparenz, Klarheit, Diskurs und demokratische Abstimmungsverfahren.

Richtig Angst machen uns aus Frauensicht die Privatisierungsfantasien im Dienstleistungssektor. [...]

Hier haben wir zum einen Sorge um die gesellschaftlichen Auswirkungen. Zum anderen stellt sich die Frage nach den Arbeitsbedingungen und Absicherungsmöglichkeiten hier aus Frauensicht auch nochmal anders. Denn wer arbeitet denn im Dienstleistungssektor und im öffentlichen Dienst? 80% Frauen.

Wenn ich mir da überlege, was da alles wegen dem Negativisten-Ansatz kommen könnte, läuft es mir kalt den Rücken runter. [...]

Aus unserer Sicht muss es aber doch um das Wohlergehen der Menschen, ihre Rechte und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gehen. Es braucht eine gute Balance zwischen

verbesserter Handelsmöglichkeiten für Unternehmen einerseits und dem Selbstbestimmungsrecht menschlicher Gemeinschaften andererseits. Von dieser Balance sind wir bei TTIP und CETA wirklich meilenweit entfernt.

Hier steht der Investorenschutz über allem-

wir Menschen kommen allenfalls als Handelshemmnis vor.

Und das empfinde ich mehr als würdelos und undemokratisch- das wiederum kann einem dann schon den Puls auch hoch treiben.

Wir sind emotional und wir haben Werte.

Wir alle hier setzen heute ein mächtiges Zeichen.

Wir wehren uns gegen den Ausverkauf unserer Demokratie durch die Hintertür.

Ich wünsche der Bundesregierung und allen politischen Entscheidungsträgern den Mut hin zustehen und zu sagen- Kommando zurück.

Wir, die wir hier stehen, werden nicht nachlassen, wir werden nicht einfach aufhören.

Wir werden weiter dafür kämpfen, dass Handelsabkommen dem Wohle von Gesellschaften und nicht dem Wohle von Konzernen dienen.

Und wir werden weiter gegen TTIP, CETA und TISA auf die Straße gehen- gemeinsam, vielfältig und mit viel Zuversicht.

Denn so sehr man sich aufregen kann, so sehr kann man aber auch Kraft tanken- In der Gemeinschaft. Bei engagierten Menschen und das trägt.

Das sollte die Politik nicht unterschätzen- in diesem Sinne: Lasst uns gemeinsam weiter kämpfen!



Junge und Ältere gemeinsam auf der Straße.
Politische Entscheidungen müssen „enkeltauglich“ sein mahnte Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh, Baden



Anneliese Schmid-Kaufhold, für den LFR im Organisationsteam



Maude Barlow – kämpferische Kanadierin: Vorsitzende des Council of Canadians, der größten kanadischen Organisation für Umwelt und Bürgerrechte, berichtete vom Widerstand gegen die Freihandelsabkommen in Nordamerika. CETA seit TTIP durch Kanada als Hintertür: „...Amerikanische Unternehmen werden die Verfahren im CETA genauso nutzen können, wir sie es bei TTIP nutzen könnten...“

Ruth Weckenmann ist als Leiterin des Stabes „Chancengleichheit am Arbeitsmarkt“ bei der Regionaldirektion „Baden-Württemberg“ der Bundesagentur für Arbeit tätig.

In ihrem Bericht erläutert sie, wie wichtig es ist, Menschen auch beim späteren Eintritt in die Ausbildung zu fördern und zu unterstützen. Dazu gehört auch die große Gruppe – vor allem der Frauen – die vor Absolvierung einer Ausbildung in die Familienphase (Kindererziehung oder Pflege) eingemündet sind. Für sie besteht seit 2005 die Möglichkeit, im Rahmen der Teilzeitberufsausbildung einen vollqualifizierten Ausbildungsabschluss zu erlangen. Sie können dazu ihre betriebliche Ausbildungszeit durch eine tägliche oder wöchentliche Reduzierung flexibilisieren.

Fachkräfte gesucht? - Teilzeitausbildung nutzen!

Das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ ist bei Betrieben, Beschäftigten, Arbeitssuchenden bekannt. Unterschiedliche Wege werden genutzt, auch wenn es nach wie vor einer Weiterentwicklung und eines weiteren Ausbaus bedarf.

Für das Feld „Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie“ gilt dies leider noch nicht. Noch führt das vielfach erprobte und für gut befundene Instrument der Teilzeitausbildung ein „Schattendasein“. Dies müssen wir dringend ändern, denn Ausbildung ist die Eintrittskarte in den Arbeitsmarkt. Ohne abgeschlossene Ausbildung ist das Arbeitslosigkeitsrisiko hoch und die Verdienstchancen gering. Es gibt viele Gründe, die am Übergang Schule Beruf den Übergang in einen Ausbildungs- oder Studienberuf verhindern, es gibt aber keinen Grund, es dabei zu belassen.

Ziel der Arbeitsagenturen und Jobcenter ist es, Menschen auch beim späteren Eintritt in die Ausbildung zu fördern und zu unterstützen. Dazu gehört auch die große Gruppe – vor allem der Frauen – die vor Absolvierung einer Ausbildung in die Familienphase (Kindererziehung oder Pflege) eingemündet sind. Für sie besteht seit 2005 die Möglichkeit, im Rahmen der Teilzeitberufsausbildung einen vollqualifizierten Ausbildungsabschluss zu erlangen. Sie können dazu ihre betriebliche Ausbildungszeit durch eine tägliche oder wöchentliche Reduzierung flexibilisieren.

Dies nehmen immer mehr – vor allem weibliche – Auszubildende in Anspruch. Die Zahl der Teilzeitauszubildenden ist in Baden-Württemberg von



295 im Jahr 2011 kontinuierlich gestiegen auf zuletzt 874 im Jahr 2015. Im selben Zeitraum ist die Gesamtzahl der Auszubildenden von rund 201.000 auf rund 190.000 zurückgegangen.

Auch vor dem Hintergrund einer zurückgehenden Zahl an Schulabgängerinnen und Schulabgängern spielt die Ausschöpfung des vorhandenen Potenzials eine immer größere Rolle.

In Baden-Württemberg gibt es rund 85.000 Personen ohne Berufsausbildung mit Kindern unter 18 Jahren, die grundsätzlich ein mögliches Potential für eine Teilzeit-Berufsausbildung darstellen.

Eine besondere Zielgruppe stellen die arbeitslosen Frauen und Männer ohne abgeschlossene Berufsausbildung im Rechtskreis SGB II (Grundsicherung) dar: bei den unter 45-jährigen sind dies 47.452. Bei der Gruppe der Al-



leinerziehenden (12.225, August 2016) haben 7.767 Frauen und Männer keine abgeschlossene Berufsausbildung, das sind fast zwei Drittel. Selbst bei einem Ausbildungsbeginn mit 40 Jahren liegen immerhin noch 25 Berufsjahre vor dem Renteneintrittsalter der jeweiligen Personen. Diese Zeit sollte man im Interesse der potentiellen Auszubildenden, der Betriebe, aber auch der innerfamiliären Vorbildfunktion für die Kinder nutzen.

Dennoch – die Nutzung der Teilzeitausbildung bleibt nicht nur in Baden-Württemberg hinter den Erwartungen zurück. Dies liegt vor allem daran, dass diese Ausbildungsform bei den potentiellen Auszubildenden, vor allem aber bei den Betrieben noch zu wenig bekannt ist und Unsicherheiten über gesetzliche Regelungen und Rahmenbedingungen der Teilzeitausbildung herrschen.

Aus diesem Grund hat sich die alte wie auch die neue Landesregierung zum Ausbau der Teilzeitberufsausbildung bekannt. Neben konkreten Projekten wurde auch die Netzwerkbildung finanziell unterstützt.

Seit fünf Jahren arbeitet das Netzwerk Teilzeitausbildung Baden-Württemberg, unter der Leitung der LAG Mädchenpolitik, an der besseren Nutzung und Vermarktung dieses familiengerechten Ausbildungsweges. Auch die Arbeitsagenturen und Jobcenter im Land sind Netzwerkpartner.

Ein großer Erfolg der Netzwerkarbeit ist, dass beim Spitzengespräch zur Ausbildungssituation am 14.11.2016 die Partner des Ausbildungsbündnisses eine Erklärung zur Teilzeitausbildung vorgelegt haben, in der unter anderem das Ziel benannt ist, mehr Auszubildende und Betriebe für eine Teilzeitausbildung zu gewinnen. Auch wird das Land im Rahmen seines Landesarbeitsmarktprogramms Projekte zur Teilzeitausbildung mit ESF- und Landesmitteln fördern. Dies wird bis Ende 2017 fortgesetzt. Das Wirtschaftsministerium und die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit werden eine Broschüre „Ausbildung in Teilzeit – eine Chance“ mit Informationen zu Finanzierungshilfen neu herausgeben.

Ganz wichtig ist, dass potentielle Auszubildende mit Kindern, die Arbeitslosengeld II beziehen, informiert sind, dass es seit dem 1.8.2016 möglich ist, Arbeitslosengeld II weiter zu beziehen, auch wenn eine Teilzeitausbildung begonnen wird. Erstmals ist damit verlässlich der Lebensunterhalt gesichert.

Unabhängig davon ist ein zwingender Erfolgsfaktor der Teilzeitberufsausbildung insbesondere ein ausreichendes Angebot zur Kinderbetreuung.

Die große Herausforderung ist es also, die Teilzeitberufsausbildung als für die Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie zu nutzen und in die betriebliche Praxis zu überführen. Dies erfordert eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Beteiligten.

Für Interessierte

Weitere Informationen zum Spitzengespräch unter: <http://wm.baden-wuerttemberg.de/de/arbeit/berufliche-ausbildung/>

Interessierte können sich jederzeit in ihrer örtlichen Arbeitsagentur oder dem örtlichen Jobcenter bei der Beauftragten für Chancengleichheit beraten lassen.

Zusätzlich finden dort regelmäßig Informationsveranstaltungen zu diesem Thema statt. Weitere Informationen gibt es unter www.arbeitsagentur.de

Impressum

RUNDBRIEF

Publikation des Landesfrauenrats
Ausgabe 3-2016 (Dezember)

Herausgeberin:

Landesfrauenrat Baden-Württemberg
Gymnasiumstr. 43, 70174 Stuttgart

Redaktion:

Manuela Rukavina (verantw.), Anita Wiese, Dagmar Digruber-Weber

Layout: Florian Hobus

Nicht namentlich gekennzeichnete Artikel sind von der Redaktion erstellt.

Fotos: soweit nicht anders gekennzeichnet, Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Druck: flyerdevil oHG
91286 Obertrubach

Diese Publikation gibt es auch zum kostenlosen Herunterladen im Internet unter www.landesfrauenrat-bw.de
www.facebook.com/landesfrauenratbw
www.twitter.com/Landesfrauenrat

Unterstützt vom Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

